

Er scheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an: A. Bebel, Petersstraße 18, S. Thiele, Emilienstraße 2.

# Der Volksstaat

Er erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Abonnementpreis: Für Dresden incl. Stempelsteuer 16 Mgr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Mgr. per Quartal.

Subskription für die vereinigten Staaten:

F. A. Sorge, Box 101, Hoboken N.J. via New York

## Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

### Verhandlungen des Leipziger Hochverrathsprozesses.

#### IV.

#### Siebente Sitzung, Montag, 18. März.

Präsident v. Müde eröffnet gegen 9 Uhr Vormittags die Verhandlungen. Zunächst werden 3 Brief-Concepte vom Braunschweiger Ausschuss an den General-Rath und darauf 3 Briefe von Marx an den Ausschuss verlesen.

Präsident: Aus diesen Briefen geht klar und deutlich hervor, daß zwischen dem Ausschuss und dem General-Rath eine offizielle Verbindung stattgefunden hat. Der Ausschuss wollte zwar die Autorität des General-Raths nicht recht anerkennen; die Briefe an denselben sind aber offiziell gehalten. Der Ausschuss schreibt als solcher an Marx und Marx schreibt im Auftrage des General-Raths an den Partei-Ausschuss. Marx bemerkt sogar in einem Briefe: Er werde die Vorschläge des Ausschusses der nächsten allgemeinen Sitzung des General-Raths vorlegen. Er schreibt dem Ausschuss ferner: daß alle andern nationalen Gruppen dem General-Rath Bericht erstatten hätten, und daß es Pflicht einer jeden nationalen Gruppe sei, alle 3 Monate einen Bericht einzulisten. Hierin liegt eine Aufforderung; auch an die deutsche Gruppe. Berichte pflegt man bloß vorgelegten Behörden zu machen.

Die drei Briefe werden von den Angeklagten für echt anerkannt.

Liebkecht: Er leugne nicht, daß eine Verbindung zwischen dem Ausschuss und Marx stattgefunden. Jedoch sei von einer autoritären Gewalt des General-Raths über den Ausschuss nirgends die Rede. Es handele sich bei der ganzen verlesenen Correspondenz bloß um die Verlegung, resp. Vertagung des Congresses, und nicht einmal in diesem Punkte, über den ihm die Bestimmung laut Statut zustehe, habe der General-Rath selbständig vorgehen wollen, sich dieser sogenannten „Prärogative“ nicht bedient. — Daß der Ausschuss in Verbindung mit dem General-Rath getreten, erkläre sich dadurch, daß, da der Ausschuss alle Correspondenzen für die Parteilmitglieder besorge, er auch gut daran zu thun glaube, gleichzeitig den der Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Assoziation Deutschlands mit zu übernehmen, da die Partei auf dem Boden der Internationalen stehe.

Sämmtliche Berichte beschränken sich stets auf Arbeiter-Statistiken. Wenn der General-Rath um seine „Zustimmung“ ersucht wird, so verlangt man damit nur seine „Anschauung“, sein „Urtheil“ über die vorliegende Sache. Eine so laze Organisation wie die der internationalen Arbeiter-Assoziation, kann auf keine conspiratorische Action berechnet sein.

Es geht aus den verlesenen Briefen hervor, daß sich der General-Rath in Geld-Galamität befinde. Eine Vereinigung, die, wie ihr vorgeworfen wird, nicht nur Europa, sondern auch Amerika und Australien aus den Angeln heben will, müsse doch zum Mindesten viel Geld haben.

Bebel: Es sei möglich, daß Marx aus Unkenntniß oder Nicht-Beachtung die in Deutschland bestehenden Vereinsgesetze verlegte; die Correspondenzen des Ausschusses aber müsse er als anmahend bezichtigen, da derselbe von den Mitgliedern keine Autorisation zu einer Correspondenz mit dem General-Rath hatte.

Hepner: Ich kann selbst aus diesen Briefen immer noch nicht erkennen, weshalb ich eigentlich angeklagt bin. (Große Heiterkeit.)

Es wird hierauf ein vom 1. October 1869 datirter und an ein Mitglied des Partei-Ausschusses gerichteter Brief Ladendorfs verlesen.

Präsident: Aus diesem Briefe erhellt, daß der General-Rath eine sehr große, wie es in dem Briefe heißt — inquisitorisch-dictatorische Macht hatte.

Liebkecht: Was das „Inquisitorische“ anlangt, so handelt es sich dabei nur um Feststellung einer Arbeiter-Statistik, die für Dr. Ladendorf kein Interesse hatte, da er sich mit national-ökonomischen Studien wenig befaßt.

Daß von einer Diktatur des General-Raths keine Rede sein konnte, geht wohl zur Genüge aus dem Umstand hervor, daß derselbe nicht einmal die Macht hatte, gegen den Willen der französischen Mitglieder aus wörtlichen Opportunitätsgründen den Congress nach einem anderen Orte zu verlegen.

Bebel äußert sich in ähnlicher Weise.

Es gelangen nun einige Brief-Concepte aus dem Copirbuche des Ausschusses zur Verlesung.

Präsident: Es gibt aus den eben verlesenen Aktenstücken hervor, daß der Ausschuss stets eine Anzahl Mitgliedskarten der Internationalen Arbeiter-Assoziation vorräthig hatte und die Parteigenossen zum Abonnement auf das „Felleisen“, Organ der Schweizer-Sektion, aufgefordert hat.

Die Angeklagten haben hiergegen nichts zu bemerken.

Hierauf wird ein Brief von Ladendorf an den Ausschuss in Braunschweig verlesen.

Präsident: In dem Briefe werden die Parteigenossen zu einer politischen Action aufgefordert. Er ist etwas dunkel gehalten, jedoch für die Parteigenossen wohl deutlich genug.

Liebkecht: Der ganze Brief Ladendorfs sei von Anfang bis zu Ende eine Jeremiade, weil die Parteigenossen sich nicht zu seinen Anschauungen bekennen. Er weise jede Solidarität mit Ladendorf zurück.

Bebel: Der ganze Brief und insbesondere die darin enthaltenen Kraft-Auss. haben einen bloß erheiternden Charakter; so wenigstens habe er es ausgefaßt.

Freitag (Leipzig) wünscht die Stelle in dem Ladendorfschen Briefe, wo es heißt: „Wie lange werdet Ihr Euch mit dem fürstlichen Gesindel herumplagen?“ Alle Donnerwetter müßten dreinschlagen, wenn wir olympische Blitze hätten.“ noch einmal verlesen.

Diesem Antrage wird entsprochen.

Es wird hierauf ein Brief von Weib an den Ausschuss, sowie ein anderer von Joh. Philipp Becker in Genf an Bonhorst verlesen.

Präsident: Der Ausschuss spricht in diesen Briefen die Anschauung aus, daß eine Vereinigung der Partei mit der Friedens- und Freiheitsliga unthunlich sei, weil ein solcher Schritt gleichbedeutend sein würde mit dem Austritt aus der Internationalen. Daraus ergibt sich, daß die Partei ein Bestandtheil der Internationalen war. Des Weiteren wird in diesen Briefen von der event. Auflösung des Genfer Centralcomite's deutscher Sprache (Sektion der Internationalen) gesprochen, und Joh. Ph. Becker antwortet, dies sei unthunlich, jenes Comitee und die deutsche Arbeiterpartei müßten neben einander bestehen und mit dem General-Rath jedes für sich correspondiren.

Liebkecht: Ich bin erpönt, Schriftstücke vorlesen zu hören, welche einerseits von Keinem der Angeklagten geschrieben und eben so wenig an Einen derselben gerichtet sind, und welche andererseits nichts, gar nichts enthalten, was nach irgend einem Gesetze der Welt einen Hochverrath oder die Vorbereitung zu einem solchen involvirte. Wir haben es hier sogar nicht einmal mit wirklichen Briefen, sondern mit Brief-Conzepten zu thun, von welchen keineswegs feststeht, daß sie abgeschickt worden sind und welche, wenn sie abgeschickt wurden, in der Handschrift möglichen Falls ganz anders lauteten, als im Konzept.

Wenn der Herr Präsident meint, aus der Stelle: „ein Anschluß an die Friedensliga bedingt einen Austritt aus der Internationalen, erbege sich, daß die Partei als solche ein Bestandtheil der Internationalen sei, so ist dieser Schluß falsch. Die Friedensliga ist eine Bourgeois-Vereinigung, die Internationale dagegen eine sozialistische und wenn unsere international-sozialistische Partei sich einer Bourgeois-Vereinigung anschloße, so würde sie die geistige Zugehörigkeit zur Internationalen einbüßen; mehr vermag ich in dieser Stelle nicht zu finden. Die Correspondenz zwischen Bonhorst und Becker bezieht sich auf den von mir geäußerten Wunsch eines direkten Verkehrs der deutschen Einzelmitglieder der Internationalen mit dem General-Rath.

Präsident: Briefconzepte schreibt man nicht ohne die Absicht der Abscheidung der Briefe. Wenn ich ferner auch zugebe, daß die vorgelesenen Beweisstücke als einzelne Stücke nichts Belastendes enthalten mögen, so sind dieselben doch in ihrer Totalität durch den Gesamteindruck von Bedeutung, welchen sie hervorrufen.

Liebkecht: Also die Quantität soll die Qualität ersetzen.

Staatsanwalt Hoffmann: Es handelt sich bei diesen Schriftstücken darum, den Herrn Geschwornen einen Einblick in die Verhältnisse überhaupt zu geben. Aus den heute verlesenen Schriftstücken geht hervor, daß zwischen der Partei und auswärtigen Gesellschaften nahe Beziehungen obwalteten. So z. B. wurde der Partei, wie wir gesehen haben, das Felleisen für den Fall zur Verfügung gestellt, daß dasselbe etwas brachte, was, wie es heißt, in Deutschland nicht gebracht werden konnte.

Liebkecht: Ich sehe aber noch immer keine Möglichkeit ein, dies mit der Anklage auf Vorbereitung zum Hochverrath gegen uns in Verbindung zu bringen. Verlegungen von Vereinsgesetzen könnte man in dem Verlesenen vielleicht finden.

Bebel: Die Briefe sind von Bonhorst persönlich, nicht offizielle des Ausschusses. Im Uebrigen schreibe ich mich Liebkecht an und erkläre, daß wir, mindestens ich, mit der ganzen heute vorgelesenen Correspondenz erst durch die Voruntersuchung bekannt wurden.

Präsident: Das Konzept für Briefe des Ausschusses konnte nur von einer Person gefirtigt werden — Bonhorst hat's gethan. Zudem sind die Schriftstücke einem Buche entnommen, welches den Titel führt: „Correspondenz des Ausschusses der socialdemokratischen Arbeiterpartei.“

Bebel: Eben dieser Titel beweist, daß es wohl Briefconzepte des Secretärs, nicht aber des Ausschusses sind.

Liebkecht: Ich bemerke, daß Bonhorst sich viele Ueberschreitungen zu Schulden kommen ließ, jedoch offiziell vom Ausschuss erklärt wurde, ein Bonhorst'scher Brief sei nur dann bindend für den Ausschuss, wenn derselbe von einem andern Ausschussmitgliedemontasignirt sei.

Hepner: Ich bemerke, daß tausendmal Null immer noch Null ist — und tausend Beweisstücke, von denen jedes einzelne nichts beweist, in der Gesamtheit auch nichts beweisen.

Präsident: Es handelt sich aber um den Gesamteindruck.

Advocat Freitag (Leipzig): Auch ich halte die verlesenen Schriftstücke nicht für beschwerend. Aus den Konzepten soll hervorgehen, daß Bonhorst im Namen des Ausschusses geschrieben habe. Aber Bonhorst sagt ja an einer Stelle: „Gut wenn er von Becker Auskunft erpalt, werde er mit dem Ausschuss über die Sache conferiren.“ Ich beantrage nochmalige Verlesung dieser Stelle.

Es geschieht und hierauf wird wiederum ein von Bonhorst's Hand geschriebenes Konzept, welches eine Korrektur von fremder Hand enthält, vorgelesen.

Auch legt der Präsident auf das von Bonhorst gebrauchte „Wir“ Gewicht.

Die Angeklagten stimmen darin überein, daß die ihnen vorgelegten Korrekturen entweder von Bracke oder von Spier herrührten.

Liebkecht: Ich bemerke, daß der verlesene Brief sich auf ein Aktenstück bezieht, welches dem Stuttgarter Congress von den Genfern zugeschickt worden ist. Ich beantrage damals — und der Antrag ging durch — zur Tagesordnung überzugehen und den Ausschuss mit der Verlesung der Angelegenheit zu beauftragen.

Es folgt wiederum die Verlesung zweier Briefe.

Präsident: Das Central-Comitee zu Genf gibt hiernach dem Congress seine Sympathien kund und äußert sein Bedauern, daß es auf demselben nicht vertreten sein kann. Auf die Stelle in diesem verlesenen Schriftstücke: durch den blinden Gehorsam werde im Soldat die Menschenswürde erbtötet, sei besonders Gewicht zu legen.

Liebkecht: Becker's Anträge sind so harmloser Natur, daß sie einer weiteren Auseinandersetzung nicht bedürfen. Eine Beeinflussung des Ausschusses Seitens Ladendorfs und Becker's ist niemals geahndet worden.

Bebel: Der in dem soeben verlesenen Schriftstücke enthaltene Passus vom „Kampf auf Leben und Tod“ hat auf eine damals stattgehabte Arbeitseinstellung Bezug.

Gegen 1 Uhr Mittags werden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Es werden 2 Briefe des Ausschusses in Braunschweig an Joh. Philipp Becker in Genf gerichtet verlesen. Anherdem ein Concept des Ausschusses, das den Angeklagten vorgelegt wird, da, wie der Präsident bemerkt, dasselbe nicht von der Hand Bonhorst's geschrieben ist.

Die Angeklagten erkennen die Handschrift nicht.

Angel. Liebkecht bemerkt zu dem darin vorkommenden Ausdrucke von „dem bald zu errichtenden Volksstaat“, es liege hierin nur der lebhafteste Wunsch, den „Volksstaat“ aus der Idee baldigt in Wirklichkeit eingeführt zu sehen.

Es wird hierauf ein längerer Artikel aus dem „Vorbote“ verlesen und constatirt der Präsident, daß der „Vorbote“ ein Organ der Internationalen (Sektionsgruppe deutscher Sprache) ist.

Nach Verlesung des Artikels hebt der Präsident einzelne Stellen desselben noch besonders hervor: General Bogel von Falkenstein werde in leidenschaftlicher Weise angegriffen, ferner glaube der Schreiber des Artikels, daß, so lange noch ein Fünftheil Religion unter den Arbeitern herrsche, diese für seine Pläne nicht zu gewinnen seien.

Weiterhin heiße es: So wenig, wie man den Tiger bewegen könne, kann des erhabenen Schafes wie bei. Gel Häter zu freisen, eben so wenig könne man auf Gemalt gegründete Staaten am Länderbau hindern. Es gebe nur ein Hindernismittel, man müsse sie umbringen. Die letzte Bemerkung soll sich auf die Annerion von Oßaz und Kothringen beziehen. „Nun, so schnell wird es wohl den Herren nicht gelingen, die Staatsgewalt zu stürzen.“

Liebkecht: Der Artikel ist in Genf geschrieben und hat zu den Angeklagten keinerlei Beziehung. Ich weise jede Verantwortlichkeit in Betreff dieses Artikels zurück.

Bebel und Hepner erklären sich in gleicher Weise.

Es wird hierauf ein zweiter Artikel aus dem „Vorbote“ verlesen.

Präsident: Ich halte in dem Verlesenen den Schlusssatz für wichtig, worin gesagt ist: Jede Fürtien- und Klassenherrschast ist eine Fremdherrschaft.“ Diese Sprache ist jedoch erklärlich, wenn man beachtet, daß die Schweiz republikanisch ist. Bedeutender ist der Satz, welcher befragt: „Es wäre erwünscht, wenn Frankreich jetzt die gesamm-

ten deutschen Armeen und das gesammte preussische Königsheer gefangen nähme; dann könnten wir auch in Deutschland die Republik einführen, bei Gelegenheit der Auslieferung der Gefangenen ein allgemeines Volksverbrüderungsfest feiern und die Vereinigten Staaten von Europa proklamiren.“ Aus dem Sage ist ersichtlich, daß diese Partei jegliches Mittel sofort zur Einführung der Republik benützen würde.

Advocat Freitag (Leipzig): Ich konstatire, daß der Herr Präsident sich nicht damit begnügt, die Schriftstücke vorlesen zu lassen, sondern daß er dieselben auch einer Kritik unterzieht.

Präsident: Ich habe nur einen Schluß gezogen.

Liebkecht: Ich verlange, daß der Schreiber dieses Artikels, welcher ich eben so wenig bin, wie einer von meinen Mitangeklagten, nicht mit der Partei identifizirt werde und weise jede Solidarität in dieser Beziehung zurück.

Präsident: Der Vorbote ist aber ein Parteiorgan der Sektionsgruppe deutscher Sprache.

Liebkecht: Ich betone, daß es in jedem Lande Arbeiterorganisationen gibt, daß aber die speziellen Programme dieser Verbindungen selbstverständlich verschieden sind. In monarchischen Ländern konstituiren sie sich nach monarchischen, in republikanischen nach republikanischen Gesetzen. Noch einmal, ich weise jede Solidarität zurück, zumal ich den in jenem Artikel enthaltenen Anschauungen im „Volksstaat“ seiner Zeit entgegen getreten bin.

Bebel schließt sich den Erklärungen Liebkechts an.

Hepner: Der Herr Präsident scheint zu glauben, Parteigenosse ist Parteigenosse und für das, was der Eine thut, ist jeder Andere verantwortlich. Wollten wir den Grundtag: „Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich will Dir sagen, wer Du bist.“ in derselben Weise anwenden, so könnten wir zu sonderbaren Schlußfolgerungen kommen. So z. B. hat das Leipziger Tagesblatt, Amtsblatt des Bezirksgerichts, am 9. Nov. 1870 in einem Artikel Plünderungen gelobt, welche von Seiten deutscher Soldaten in Frankreich verübt worden sind. Die nun, wenn wir das Leipziger Bezirksgericht für diese Lobspendung verantwortlich machen wollten?! (Bravo! aus dem Publikum. Bewegung. Der Präsident weist die Störung von Seiten des Publikums zurück.) Man schiebe doch nicht uns in die Schuhe, was in der Schweiz geschrieben worden ist!

Präsident: Ich bemerke, daß die Angeklagten wiederholt eine enge Verbindung mit der Schweiz zugestanden haben.

Bebel: Gewiß, und zwar nicht nur eine allgemeine geistige Verbindung, wenigstens was mich anbelangt. Ich habe bereits erklärt, daß ich meinerseits zu der Genfer Sektion der Internationalen gehörte, daß ich darhin einen Beitrag entrichtete. Aber ist darum das dort, in der Republik Schweiz, Geschriebene für uns hier bindend?

Advocat Freitag (Plauen): Ich ersuche den Herrn Präsidenten, er möge die Angeklagten darüber befragen, ob sie den „Vorbote“ verbreitet haben.

Dies geschieht.

Liebkecht antwortet verneinend.

Bebel: Ich erhielt das Blatt regelmäßig, da es mit meinem regelmäßig nach der Schweiz geschickten Beiträge gleichzeitig bezahlt war. Jene Artikel habe ich damals zufällig nicht gelesen. Verbreitet habe ich den „Vorbote“ eben so wenig, wie es die Expedition des „Volksstaat“ gethan. Hierauf folgt wieder die Verlesung von Artikeln.

Dann werden zwei Briefe von Raspe aus Zürich, einer an Liebkecht, der andere an Bracke, verlesen.

Präsident: Ich habe keinen Kommentar zu diesen Briefen zu geben.

Die Angeklagten haben ebenfalls betreffs dieser Briefe nichts zu bemerken.

Advocat Freitag (Plauen): Da der Herr Präsident stets die belästigenden Momente der vorgelesenen Schriftstücke hervorhebt, so muß ich ihn doch ersuchen, auch die entlastenden Momente hervorzuheben.

Aus den soeben verlesenen Briefen ist z. B. zu ersehen, daß die Schweizer Parteigenossen mit dem „Volksstaat“ sich nicht im Einklang befanden. Er war ihnen zu wissenschaftlich gehalten. Ich ersuche den Herrn Präsidenten, dies hier zu konstatiren.

Präsident: Dies ist ja soeben durch den Herrn Vertheidiger geschehen.

Vertheidiger: Es ist das höchst komisch. Belastungsmomente werden durch den Herrn Präsidenten sofort constatirt, während alle Entlastungsmomente der Vertheidigung zur Constatairung überlassen werden.

Präsident: Dafür ist auch den Angeklagten genügende Gelegenheit geboten, von ihrem Vertheidigungsrecht den umfassendsten Gebrauch zu machen.

Nachdem zwei Artikel und ein Lied aus dem Schweizer Arbeiterblatt „Das Felleisen“ vorgelesen worden sind, macht der Präsident darauf aufmerksam, daß jenes Blatt auf dem Eisenacher Congress zum Parteiorgan für die Schweiz erhoben worden sei.

Bebel: Es geschah dies jedoch in derselben Weise, wie man auch die „Volksstimme“ in Wien zum Parteiorgan in Oesterreich machte, d. h., man ordnete damit nur an, daß alle offiziellen Aktenstücke der Partei außer in dem eigentlichen Parteiorgane „Volksstaat“ auch in jenen beiden Blättern zur Veröffentlichung gelangen sollten. Unter der Kontrolle des Ausschusses stand nur der „Volksstaat“, nicht aber „Felleisen“ und „Volksstimme“.

Präsident: Aber in Eisenach wurde das „Felleisen“ zum Parteiorgan ernannt.

Bebel: In der Schweiz existiren Arbeitervereine seit 1848. Ob das „Felleisen“ auch so lange besteht, weiß ich nicht; jedenfalls war es vorhanden und in der Schweiz gelesen, als die Partei in Eisenach sich konstituirte. Wir konnten den Schweizern den „Volksstaat“ nicht aufdrängen, sie hatten ihr Blatt und es handelte sich nur darum, offizielle Aktenstücke der Partei auch bekannt werden zu lassen. Diese Aktenstücke wurden in Form von ersten Bürtienabzügen, um lange Schreibereien zu vermeiden, nach der Schweiz und nach Wien versendet.

Präsident: Im „Demokratischen Wochenblatt“ stand aber damals zu lesen: „Neben dem gemeinschaftlichen Parteiorgan „Volksstaat“ (Demokr. Wochenbl.) sind noch zu Parteiorganen ernannt das „Felleisen“ für die Schweiz, und die „Volksstimme“ für Oesterreich.“

Bebel: Nichts mehr als dieser Satz beweist die Richtigkeit meiner Aussage.

Advocat Freitag (Leipzig): Ist der Redacteur des „Volksstaat“ von der Partei gewählt worden?

Liebkecht: Ja.

Freitag: Stand er unter der Kontrolle des Ausschusses?

Liebkecht: Ja.

Freitag: Verhält es sich auch so bei der „Volksstimme“ und dem „Felleisen“?

Liebkecht: Nein.

Freitag: Wollen Herr Präsident die Redacteurs des Blattes feststellen?

Präsident: Als solche sind bezeichnet: A. Bögg und Dr. A. Labendorf. — In einer Nummer des „Volksstaat“ vom Jahre 1869 wurde doch das „Felleisen“ den Parteigenossen einbringlich empfohlen?

Liebnecht: Nicht nur das „Felleisen“, sondern alle uns bekannten deutschen und außerdeutschen Parteiorgane und nicht einmal, sondern oft, wohl 20 bis 30 Mal.

Präsident: In der ersten der vorgelesenen Nummern verkündet die Redaktion ihre Grundsätze. Sie erstrebt die Errichtung eines europäischen Freistaaten-Bundes, einer sozialistischen Föderativ-Republic. Es ist von möglichen Kriegen und Zusammenstößen die Rede, davon, daß Gewalt mit Gewalt vertrieben werden müsse, daß durch Reformen die Freiheit nicht zu erlangen sei, daß nur die Revolution eine Entscheidung bringen werde.

Ferner wird die Befestigung der stehenden Heere und Einführung der Volkswehr verlangt, woran sich die Behauptung knüpft, daß derjenige, welcher die Errichtung der sozialistischen Ziele in der Monarchie für möglich hält, ein Verräther an der Arbeiterfrage sei.

Wichtig ist auch besonders die Stelle, worin den Deutschen zum Neujahrsgrüße gesagt wird: „Nur durch Gewalt kommen wir zum Ziele.“

Liebnecht: Ich muß mich ewig wiederholen. Diese Schriftstücke haben mit mir nichts zu thun und die Thaten Anderer verantwortliche ich nicht.

Bebel: Selbst die Partei in ihrer Gesamtheit kann nicht dafür verantwortlich gemacht werden; sie hatte keinen Einfluß auf das Blatt.

Hepner: Ich habe die citirten Stellen erst aus der Untersuchung kennen gelernt.

Es werden zwei Briefe von Bebel und Labendorf vorgelesen.

Präsident: Diese Briefe sind nicht im Original vorhanden, da sich dasselbe beim Obergericht in Wien befindet. Nach ihnen scheint Bebel die Zeit gar nicht erwarten zu können, wo es „zum Vorkommen kommen wird.“

Liebnecht: Ich muß den Herrn Präsidenten daran erinnern, daß weder Bebel noch Labendorf sich hier auf der Anklagebank befinden. Ich konstatire, daß die Anklage eine internationale ist. Nicht nur, daß man ganz fremde, untheilhaftige Personen in dieselbe hineinzieht, nein, man verschmäht selbst nicht, hier Schriftstücke vorzulesen, die man aus anderen Ländern requirirt hat.

Präsident: Sie erstreben aber auch eine Föderativ-Republic.

Liebnecht: Ich muß dem Herrn Präsidenten bemerken, daß ich Gegner jeder Föderativ-Republic bin.

Bebel bemerkt, daß das Organ Becker's, der „Vorbote“, bereits eingegangen ist. Niemals hat das „Felleisen“ mehr als 50 Abonnenten in Deutschland gehabt.

Hepner: Ich habe Ende 1868 und Anfang 1869, als die jetzt vorgelesenen Briefe geschrieben wurden, noch nicht der sozial-demokratischen Partei angehört.

Hierauf wurden die Verhandlungen gegen 3 1/2 Uhr Nachmittags geschlossen.

### Achte Sitzung, Dienstag, den 19. März.

Eröffnung gegen 9 Uhr.

Der Präsident erklärt: Zunächst werden Artikel aus dem „Volksstaat“ vorgelesen werden. Der „Volksstaat“ ist Parteiorgan. Die Angeklagten haben bereits früher ihr Verhältnis zu denselben auseinandergesetzt. Liebnecht war Redakteur, Hepner sein Gehilfe und also nicht selbständig. Bebel hatte die Expedition. Der Ausschuss übte ein Aufsichtrecht über das Blatt. Die drei Angeklagten wurden für ihre Mithewaltung bezahlt. Herr Bebel verzichtete während des Krieges auf sein Honorar.

Advokat Freitag (Leipzig) veranlaßt die Feststellung des Umstandes, daß Bebel nur bis zur Untersuchung thatsächlich die Expedition des Volksstaat besorgte. Während der Untersuchung that es ein Stellvertreter, nach derselben gab Bebel die Expedition gänzlich ab. Auch wird konstatirt, daß Hepner seit einiger Zeit verantwortlicher Redakteur ist.

Aus Nr. 1 vom Jahre 1869 wird zunächst ein Aufruf vom 1. Oktober 1869 an die Parteigenossen vorgelesen, welcher vom Ausschuss und der Redaktion unterzeichnet ist.

Der Präsident hebt aus dem Schriftstücke den Schluss hervor, welcher lautet: „Es lebe der sozial-demokratische Volksstaat, es lebe die sozial-demokratische Agitation.“

Die Angeklagten haben zu dem Vorgelesenen nichts zu bemerken.

In Nr. 4 von 1869 ist eine Stelle der politischen Uebersicht für die Anklage wichtig und nach Vereinbarung mit der Verteidigung kommt nicht die ganze politische Uebersicht, sondern nur der über Oesterreich handelnde Passus zur Verlesung.

Der Präsident ist der Ansicht, aus den letzten Sätzen dieses Passus gehe hervor, daß die Arbeiter Hoffnungen auf eine Bewegung in Oesterreich gesetzt hätten, und

Liebnecht stellt fest, daß das Datum des Artikels der 13. Dec. 1869 ist.

Aus Nr. 5 von 1869 gelangt zur Verlesung der Auffaz von Greulich in Zürich: „die Heulmeierei gegen den Baseler Kongreß“, woraus durch den Präsidenten eine Stelle am Schluss hervorgehoben wird, worin von dem „dummen Massenschritt“ die Rede ist, mit welchem die Arbeiter „gegen die Zwingsburgen der Tyrannei“ vorrückten würden.

Liebnecht: Der Ausdruck „dummer Massenschritt“ ist aus Lassalle's Schriften, wo er öfter vorkommt. Im Allgemeinen habe ich zu bemerken, daß ich mich als Redakteur zur Ausübung einer Censur, die ja auch schon staatlich abgeschafft ist, nicht für berechtigt hielt. Aufwendungen von Parteigenossen mußte zudem das Parteiorgan aufnehmen. Sollte ich über Pressfreiheit andere Anschauungen haben, als man erwartet, so möge man bedenken, daß ich 15 Jahre in der Schweiz und in England lebte, also in Ländern, wo die freie Meinungsäußerung in keiner Weise gehemmt wird.

Dort bildete sich mir die Ansicht — und heut noch habe ich sie — daß eben die freie Meinungsäußerung wie ein frischer Luftstrom das Leben der Staaten kräftigt. Um nur von England zu sprechen, welches ja ebenfalls Monarchie ist, so steht es unter allen Monarchien am freiesten da. Es gibt dort keinen Konflikt zwischen Staat und Individuen und 1848 z. B. widerstand England allein dem Weltstürme.

Dies die Anschauungsweise, von welcher ich geleitet wurde. Eine Verantwortlichkeit für jeglichen Artikel des Volksstaat lehne ich ab, die juristische Verantwortlichkeit habe ich ja getragen und durch die Zahl seiner Prozesse steht der Volksstaat einzig da. Es konnte meine Absicht nimmer sein, mir den Kopf an der Wand der Geistes zu zerbrechen, ich hatte im Gegentheil die Absicht der vollsten Bescheidenheit. Bis an die äußerste Linie des Erlaubten wollte und will ich gehen. Man hat mich jahrelang bis an eine Linie gehen lassen, welche ich für die Grenze des Erlaubten hielt. Nun erjähre ich plötzlich, daß nicht etwa jenseits dieser Linie das Vergehen oder selbst ein Verbrechen, sondern daß schon weit diesseits derselben, Vorbereitung zum Hochverrath liegen soll. Wissend, daß mein Thun Vorbereitung zum Hochverrath involviren könne, hat man mich jahrelang ungewarnt dieses Gebiet betreten lassen. Was den letztverlesenen Artikel selbst anbelangt, so hielt ich ihn seiner Zeit für wertvoll, weil er das Oidium der Baseler Beschlüsse gegen das Grundeigenthum minderte. Der Ausdruck „dummer Massenschritt“ ist, ich wiederhole es, eine Lassalle'sche Phrase.

Präsident: Ich bleibe dabei, daß Sie dann doch vor dem Gesetz jeden einzelnen Artikel zu verantworten haben. Wohl sind die einzelnen Artikel früher unbeanstandet geblieben; aber ihre Veröffentlichung war notwendig, um Beweismaterial für die Anklage auf Vorbereitung zum Hochverrath zu sammeln. Die einzelnen Artikel mögen nichts beweisen — der Gesamteindruck derselben ist bedeutend.

Liebnecht: Ich komme auf meinen gestrigen Ausbruch von der Quantität und Qualität zurück. Die wunderbaren Konsequenzen dieser wunderbaren Anschauung, wonach 10 Lügen einen Diebstahl, 10 Diebstähle einen Mord ausmachen könnten, werde ich später entwickeln. Ich habe dafür, daß die Möglichkeit dieses juristischen Wanders vor der Kritik nicht zu bestehen vermag.

Bebel: Ich muß bemerken, daß der Artikel in der Schweiz geschrieben ist und daß der Verfasser desselben, ein alter Bürger der

Schweizerischen Republik, ihn von diesem seinem Standpunkte aus geschrieben hat.

Präsident: Der Artikel hat aber in dem hier in Leipzig erscheinenden Volksstaat gefunden und wir leben in keiner Republik.

Advokat Freitag (Leipzig): Unser sächsisches Pressgesetz unterscheidet sehr richtig zwischen polizeilicher und strafrechtlicher Verfolgung. Der Redacteur kann nicht für alle Artikel, die er in sein Blatt aufnimmt, verantwortlich gemacht werden, wenn ihm nicht nachgewiesen werden kann, daß er den Inhalt derselben vorher ganz genau gekannt.

Präsident: Ich werde mich in eine Discussion hierüber nicht einlassen.

Staatsanwalt Hoffmann: Herr Liebnecht hat selbst zugestanden, daß er diesen Artikel mit Ueberlegung aufgenommen.

Liebnecht erklärt auf Befragen des Verteidigers, daß er sich nicht mehr genau zu erinnern wisse, ob er den Artikel vor seiner Aufnahme genau durchgesehen habe.

Präsident: Es ist doch Pflicht eines jeden verantwortlichen Redacteurs, alle in seine Zeitung aufzunehmenden Artikel vorher durchzulesen.

Liebnecht: Das ist nicht immer möglich.

Es gelangt hierauf ein Artikel aus Nr. 9 des „Volksstaat“ vom Jahre 1869 betitelt „Bellage“ zur Verlesung.

Präsident: Dieser Artikel ist aus Amerika; es schließt sich demselben jedoch eine redactionelle Bemerkung an, so daß nicht nur anzunehmen ist, Herr Liebnecht habe diesen Artikel vor seiner Aufnahme gekannt, sondern er habe sich auch mit demselben im Einverständnis befunden. Gewicht zu legen ist auf die Stelle: „Die Freiheit und Einheit kann sich nur mit einander vollziehen und nur in der Enthronung aller Fürsten bestehen.“

Liebnecht: Ich habe diesen Artikel durchgesehen und bin, als ich ihn jetzt, wo er bereits meinem Gedächtniß entschweben war, wieder vorgelesen hörte, ganz erstaunt über die gute Prophezeiung des Schreibers desselben. Was nun den letzten Satz, den der Herr Präsident hervorgehoben, anbelangt, so ist zunächst hervorzuheben, daß dieser Artikel in Amerika geschrieben worden ist. Im Uebrigen erkläre ich mich insoweit mit diesem Passus einverstanden, als ich mir die Freiheit und Einheit Deutschlands nur in einer Republik denken kann.

Bebel: Wir haben uns stets als Republikaner bekannt; es kommt bloß darauf an, wie man die Fürsten entthront.

Hepner: Es ist durchaus nicht richtig, daß eine Fürsten-Entthronung nur durch eine Revolution geschehen kann. 1866 sind mehrere deutsche Fürsten entthront worden, ohne daß man die Entthroner des Hochverraths angeklagt hätte. (Stürmische Deutlichkeit.)

Advokat Freitag (Leipzig): Er müsse darauf aufmerksam machen, daß es in dem Artikel heißt: „Die Hauptstellen über Deutschland lauten: — und erst, nachdem dieselben mitgetheilt sind, knüpft die Redaktion eine Bemerkung daran. Gerade die gravirenden Punkte sind in jener Korrespondenz enthalten.“

Es gelangt hierauf ein im Volksstaat enthaltener Artikel, geschrieben von Vorhorst, betitelt: „Die Baseler Beschlüsse und die Agriculturarbeiter“ zur Verlesung.

Präsident: Es ist aus diesem Artikel die Stelle hervorzuheben: „Erst wenn der Bauer von seiner Scholle getrieben sein wird, wird er in unser Lager kommen.“ Dies dürfte Ihnen nicht so leicht gelingen. Der Bauer ist an seine Scholle gebunden und will vom Kommunismus nichts wissen.

Liebnecht: Es heißt nicht: die Bauern, die noch eine Scholle haben, werden in unser Lager kommen, sondern diejenigen, denen ihre Scholle entziffen ist.

Präsident: Wer entziffen ihnen denn ihre Scholle?

Liebnecht: Die Ducht der ökonomischen Verhältnisse.

Präsident: Unsere Landbewohner werden immer wohlhabender.

Liebnecht: Ich werde mich später ausführlich über diesen Gegenstand aussprechen. Ich will momentan dem Herrn Präsidenten bloß zu bedenken geben, daß es in Frankreich 3 1/2 Millionen Bauern giebt, die ihre Steuern nicht zu erwirtschaften vermögen.

Bebel: Ich halte dieses Schriftstück für entlastend. Es heißt u. A. darin: Wir, die internationale Partei, sagen nicht: „Der Bien muß“, sondern sind Willens, durch wissenschaftliche Aufklärung die Landbesiedlerung auf unseren Standpunkt zu bringen. Das die Lage der Bauern in Deutschland eine noch bedeutend schlechtere ist, als in Frankreich, ist statistisch nachgewiesen.

Präsident: Wie kommt es, daß sie trotzdem unter den Bauern keinen Anhang finden?

Bebel: Dies ist sehr natürlich. Ich habe die Gründe in meiner Broschüre „Unsere Ziele“, die ebenfalls bei den Alten liegt, genau ausgeführt.

Hepner: Ich kann den Herrn Präsidenten versichern, daß z. B. in der Provinz Posen die Armut in der ländlichen Bevölkerung sich stets vermehrt.

Advokat Freitag (Pflanzen): Der Herr Präsident hat früher ausgesprochen, daß die soziale Frage mit der gegenwärtigen Anklage nichts zu schaffen habe, weshalb auch jede weitere Diskussion über dieselbe fern bleiben solle. Es scheint mir aber nach dem so eben Vorgelesenen, als sei der Herr Präsident nun anderer Meinung geworden. Ich erlaube den Herrn Präsidenten hierüber um einen definitiven Bescheid, da sich im letzteren Falle die Verteidigung anders einrichten müßte.

Präsident: Ich habe niemals Veranlassung genommen, auf die soziale Frage einzugehen. Ich bin jedoch geneigt, jeden verlesenen Artikel zu motiviren.

Es wird hierauf ein Artikel des „Volksstaat“ über das Risikiren der spanischen Republik vorgelesen.

Präsident: Aus diesem Artikel erhellt, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei sich nicht mit Erringung einer Republik begnügen will, sondern ein sozial-demokratisches Republik erstrebt.

Liebnecht bekennt sich als Verfasser und hat sonst in Betreff dieses Artikels nichts zu erwähnen.

Ferner gelangt ein Artikel aus No. 13 des „Volksstaat“ betitelt: Politische Uebersicht, zur Verlesung. Derselbe bezieht sich in seinem ersten Theil auf die Erringung Robert Blum's.

Präsident: Aus dem verlesenen Artikel geht hervor, daß die Partei in ihren Forderungen weiter geht, als man zur Zeit Robert Blum's gegangen. Er spricht ferner vom „Kampfe“ und daß man für die zu erstrebenden Forderungen auch zu Herben bereit sein müsse.

Liebnecht: Es ist sehr natürlich, daß wir heut weitergehende Forderungen stellen, als 1848. Wir kämpften 1848 und 1849 für die Freiheit und Einheit Deutschlands; auch jetzt kämpfen wir für die Freiheit und jeder christliche Mann, gleichviel, zu welchen Ideen er sich auch bekennt, muß bereit sein, für dieselbe zu sterben.

Präsident: Sie würden sich also nicht scheuen, in einen Kampf einzutreten?

Liebnecht: Ich habe im Jahre 1849 für die Verfassung, die die deutschen Fürsten umzustürzen beabsichtigten, gekämpft und würde heut, wenn ähnlich, wie zur Zeit des Frankfurter Parlaments, irgend ein Fürst oder Fürstin die rechtmäßige Verfassung umstürzen wollten, ohne Säumen die Hinte von der Wand nehmen und mich in den Kampf begeben. (Vantes Bravo im Publikum. Bewegung.)

Präsident: Ich verbiete jede Weisfalls- und Mißfallsbezeugung und werde, wenn sich derartige Kundgebungen nochmals wiederholen, den Zuschouerraum sofort räumen lassen.

Liebnecht: Es ist auch uns dies insofern unangenehm, als es uns an unserer freien Meinungsäußerung hindert.

Präsident: Diese Bemerkung wird überflüssig. Die Ausübung der Polizei in diesem Saale gehört einzig und allein mir zu.

Die Angeklagten Bebel und Hepner schließen sich den Ausführungen Liebnechts an.

Es gelangt hierauf ein weiterer Artikel aus dem „Volksstaat“, überschrieben: Die Baseler Congreß-Beschlüsse und die deutschen Agriculturarbeiter, zur Verlesung.

Präsident: In diesem Artikel wird der kraffteste Communismus verlangt.

Liebnecht: Ich muß bemerken, daß die sozial-demokratische Partei nicht die Aufhebung des Eigenthums verlangt, sondern im Gegentheil dasselbe wahren will. Das in diesem Artikel vorkommende Wort „Bauernkrieg“ habe ich als „Bauernbewegung“ aufgefaßt, da doch die Bauernkriege des Mittelalters einen ganz conservativen Cha-

rakter hatten. Hätte ich dasselbe anders aufgefaßt, so hätte ich auch den Artikel nicht aufgenommen.

Bebel: Ich konstatire aus dem Vorgelesenen, daß im „Volksstaat“ häufig auch Ansichten ausgesprochen wurden, welche nicht als Ansichten der Partei aufgefaßt werden dürfen. Es wird einfach das Für und Wider entgegengesetzter Anschauungen erörtert.

Hepner: Betreffs des Bauernkriegs betone ich, daß die Führer der Bauern anfangs sehr bescheiden waren. Sie erklärten, daß sie von ihren Forderungen abheben wollten, wenn man ihnen nachzuweisen vermöchte, daß dieselben gegen die Bibel seien. Ich vermag die Richtigkeit dieser Thatsache aus Zimmermann's Geschichte zu beweisen. Auch wird Katzer, welcher anfangs den Bauern das Wort redete und später dieselben verließ, für diesen seinen Berrath von allen Geschichtsschreibern der Neuzeit, z. B. von Johannes Scherr, verurtheilt.

Präsident: Ihres Beweises können wir entbehren.

Hierauf wird aus Nr. 24 eine Mahnung an die Partei“ vorgelesen, als deren Verfasser sich Bebel bekennt.

Präsident: Es wird in dem Artikel vor einer Zerplitterung der Parteikräfte in Lokalvereine gewarnt und dagegen zu gemeinsamem Wirken aufgefordert. Die Stelle am Schluss, wo es heißt, daß der heutige Staat, die heutige Gesellschaft, das „alte, faule, morsche Ding“, von den Arbeitern dahingeführt werden müsse, wo es hingehört, läßt wohl bei Beachtung früherer Aeußerungen über die Revolution von Seiten des Verfassers, z. B. Herrn Bebel, keine Mißdeutung über den Sinn zu.

Bebel: Ich vermahne mich mit Entschiedenheit dagegen, daß der Herr Präsident mir eine Abkcht oder Ansicht imputire. Ich verweise darauf, daß der Artikel von dem Geldmittle der Partei handelt. Ich war früher Präsident der deutschen Arbeitervereine und es schien, als hätten diejenigen, welche aus dem Verbanne in die Partei hinübergetreten, im Rahmen der Parteifremden ihre Pflicht nicht. An diese wende ich mich in Folge mir zugekommener Klagen des Ausschusses. Der Ausdruck „der Staat, das alte, faule, morsche Ding“ ist eingeschlossen in Anlehnung an den Ausdruck „das alte, faule, morsche Ding“, was auch von Göthe im Faust einmal in Anwendung gebracht worden. Mit dem vom Herrn Präsidenten betonten Worte: „Staat und Gesellschaft von heme hinzuführen, wohin sie gehören“ habe ich, der Autor, also auch der allein berechtigte Interpret des Verlesenen, sagen wollen: an Stelle der heutigen Gesellschaft wollen wir die genossenschaftliche Arbeit setzen. Meine frühere Aeußerung über die Revolution, welche der Herr Präsident anzog, lautete dahin: wenn legal die Einführung der Republik, etwa von einem Parlament, beschlossen wird und die bestehende Regierung widerlegt sich der Ausführung des Beschlusses, so hat der Bürger die Pflicht, der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen.

Präsident: Ich bemerke Dem entgegen, daß die Staatsverfassung ein Abkommen zwischen Fürst und Volk ist, welches nicht einseitig aufgehoben werden darf.

Bebel: Ich habe meine Ansicht auch über diesen Punkt schon ausgesprochen. Ich habe gesagt, nach meiner Ansicht läge eben das Volk den Staat, wels letzteren man sich ohne Fürst sehr wohl, ohne Volk jedoch nicht möglich denken könne.

Präsident: Wir haben in Deutschland Monarchien, und die sind ohne Fürsten nicht denkbar.

Bebel: Das gebe ich zu.

Präsident: Aber also die Verfassung einseitig aufheben will, der ist ein Rebel.

Bebel: Es ist jedoch auch schon vorgekommen, daß Verfassungen einseitig von Fürsten aufgehoben worden sind.

Präsident: Damit haben wir es jetzt nicht zu thun.

Liebnecht: Ich möchte nur darauf hinweisen, daß von mir als Beispiel hingestellt worden ist: das konstituirende Parlament von 1849. Die deutschen Fürsten mit Ausnahme von nur Dreien oder Viere, unierwarfen sich jenem Parlament und die preussischen Abgeordneten, welche nach Stuttgart gegangen waren und somit sich in den Zustand als Hochverräter versetzt hatten, wurden zwar angeklagt, aber — freigesprochen.

Präsident: Das gehört nicht hierher.

Liebnecht: Wohl gehört es hierher. Wenn der Herr Präsident meinem Mitangeklagten Bebel imputirt, wir seien Rebellen, bereit zum Vorkommen, sobald es geht, so muß ich ihn und mich dagegen verwahren, und zu diesem Zwecke führe ich jenes historische Beispiel an.

Advokat Freitag (Pflanzen): Ich sehe allerdings auch nicht ein, inwiefern alle diese Auseinandersetzungen aus dem vorgelesenen Artikel fließen konnten. Das Wesentlichste von dem Artikel blieb dabei unberücksichtigt, nämlich das, wozu er allein handelt. Im Eingang ist gesagt, Verfasser wolle sich über der materiellen Unterweisung der Partei durch regelmässige Beiträge beschäftigen. Also es handelte sich um Geldangelegenheiten, um sonst nichts. Wenn immer wieder nur nach der Verlesung eines Beweisstückes die gravirenden Stellen vom Präsidenten hervorgehoben werden, wenn diese also allein schließlich in Betracht kommen, anstatt den Gesamteindruck des Verlesenen in Rechnung zu ziehen, so hätte die Verteidigung eigentlich kein Interesse mehr daran, auf die Verlesung gewisser Beweismittel noch fernerhin anzutragen.

Von der Geschworenenbank wird hierauf der Bertheidigung der Partei durch regelmässige Beiträge beschäftigt. Also es handelte sich um Geldangelegenheiten, um sonst nichts. Wenn immer wieder nur nach der Verlesung eines Beweisstückes die gravirenden Stellen vom Präsidenten hervorgehoben werden, wenn diese also allein schließlich in Betracht kommen, anstatt den Gesamteindruck des Verlesenen in Rechnung zu ziehen, so hätte die Verteidigung eigentlich kein Interesse mehr daran, auf die Verlesung gewisser Beweismittel noch fernerhin anzutragen.

Von der Geschworenenbank wird hierauf der Bertheidigung der Partei durch regelmässige Beiträge beschäftigt. Also es handelte sich um Geldangelegenheiten, um sonst nichts. Wenn immer wieder nur nach der Verlesung eines Beweisstückes die gravirenden Stellen vom Präsidenten hervorgehoben werden, wenn diese also allein schließlich in Betracht kommen, anstatt den Gesamteindruck des Verlesenen in Rechnung zu ziehen, so hätte die Verteidigung eigentlich kein Interesse mehr daran, auf die Verlesung gewisser Beweismittel noch fernerhin anzutragen.

Präsident: Ich habe auch schon früher auf die Intelligenz der Herren Geschworenen hingewiesen. Was mich anbelangt, so gebe ich ja nichts als ein Resumé, damit die Angeklagten Gelegenheit zu einer Entgegnung haben mögen.

Advokat Freitag (Pflanzen): Wenn spaltenlange Artikel verlesen und hinterdrein einzelne Stellen herausgerissen werden, so kann selbst der höchstbegabte Mensch nur sehr schwer den ganzen Zusammenhang festhalten.

Bebel bemerkt noch: Jener Artikel ist von mir im Gefängniß geschrieben worden und, nachdem die Gefängnißbehörde ihn gelesen hatte, ist er erst zum Druck passirt. Warum wurde er damals nicht beanstandet?

Präsident: Diesen Einwand brachten Sie schon oft.

Bebel: Gerade diesen Einwand sogar noch gar nicht bisher.

Liebnecht: Es ist noch kein im Gefängniß verfaßter Artikel verlesen worden.

Präsident: Insofern haben Sie Recht; aber ich meine den Einwand, daß die inframixten Artikel nicht schon vor diesem Prozeß in Strafe genommen worden sind.

Es folgt die Verlesung eines von Geib, Vorsitzenden der Kontrollcommission in Hamburg, unterschriebenen Artikels im „Volksstaat“ Nr. 2 von 1870 über die Proposition einer Verbindung zwischen der Partei und der Friedens- und Freiheitsliga.

Präsident (wiederum eine Stelle betonend): Ich verstehe den Aufsatz dahin: „Die staatliche Umwälzung genügt nicht, derselben muß sofort die Verthigung der Bourgeoisie folgen.“

Liebnecht: In diesem Artikel ist weiter nichts gezeichnet, als daß gegenüber der Friedens- und Freiheitsliga der sozialistische Standpunkt unserer Partei betont wird.

Nach der Mittagspause wird aus derselben Nummer ein Artikel: „Kädt's Agitationsreise“, datirt vom 16. Dez. 1869 und unterschrieben von Kädt, vorgelesen.

Auf den letzteren Umstand weist auch Bebel hin.

Hepner: Ich bemerke, daß Kädt in einem schon vorgelesenen Briefe von Liebnecht geradezu desavouirt worden ist.

Advokat Freitag (Leipzig): Ein Brief, welcher in demselben Sinne sich ausdrückt, wird auch im Entlassungsmaterial vorkommen.

Man verliest ferner einen Artikel aus Nr. 3 von 1870, enthaltend einen Bericht über eine Ansprache von Scheu an die Grazer Arbeiter. Die Ansprache schließt mit einem Gedicht von vier Strophen.

Staatsanwalt Hoffmann: Der ganze Artikel ist bedeutsam und einzelne Stellen ebenfalls, z. B. die, wo von dem „bedrohenden Massenschritt“ die Rede ist, mit welchem die Arbeiter „aus der Coullisse hervortreten“. Es ist weiter die Rede von dem Erkennen günstiger Gelegenheiten, welche man dann ergreifen müsse, auch von dem Schmieden des Eisens, solange es warm ist.

Präsident: Der Artikel richtet sich gegen die Bourgeoisie. Was mit der rothen Fahne, der rothen Republik und diesen ähnlichen Worten gemeint wird, das ist ja Jedermann klar, dessen Stimme hier im Saale von Werth ist.

**Liebnecht:** In Oesterreich sind die Polizeigesetze nicht gerade sanft und dennoch haben die Arbeitervereine rothe Fahnen. Zur Beize einer solchen Fahne ging Schen nach Graz und hielt jene Ansprache. Die rothe Farbe ist gewählt im Gegensatz zur Tricolore, als Farbe der Gleichheit. Ich weise ferner hin auf die Stelle, welche zur Gründung von Genossenschaften auffordert; auf diese also kommt's dem Redner an. Er sagt auch: „Erwartet den Moment, wo das Eisen glüht.“ Nun, wir sind nicht auf's Erwarten, sondern auf Vorbereitung des Hochverraths angeklagt.

**Präsident:** Der Artikel involviret eine Aufreizung zur Vergewaltigung an der Bourgeoisie.

**Liebnecht:** Sie ziehen, trotzdem Sie versprochen, nur von der politischen Seite handeln zu wollen, dennoch unsere soziale Stellung wieder herein.

**Präsident:** Jene Aufreizung bezieht sich eben nicht bloß auf soziale Verhältnisse. Man weiß, was unter „rother Republik“ verstanden wird.

**Liebnecht:** Die gewöhnliche Auffassung des Wortes rothe Republik ist nicht unsere Auffassung. Man mache uns doch nicht verantwortlich für einen willkürlich in unsere Worte hineingelegten Sinn.

**Präsident:** Wenn Sie die gewöhnliche Auffassung eine falsche nennen, dann wäre auch die Auffassung Ihrer Leser eine falsche und leicht möglich, daß selbst diese Sie falsch verstehen.

**Liebnecht:** Zum Beweise, daß diese mich nicht falsch verstanden, verweise ich auf die Thatsache, daß noch keinerlei Excesse, kein Hochverrath von unseren Parteigenossen vorgekommen sind. Mit „gewöhnliche Auffassung“ meine ich die Auffassung unserer Gegner, welche das Monopol der Presse haben.

**Präsident:** Wenn von Seiten Ihrer Anhänger noch keine Excesse vorgekommen sind, so legt dies eben Zeugnis ab von dem gesunden Sinn der Bevölkerung.

**Advokat Freitag (Leipzig):** Ich bemerke, daß das Vorgelesene nicht mehr und nichts weniger ist, als ein Rekerat über eine Rede. Ueber das Roth der Fahne gibt der Dichter selbst eine Erklärung, wonach es die Farbe der Menschenliebe sein soll. Diese Erklärung allein ist maßgebend. Ueberhaupt ist schon darauf hingewiesen, wie wenig Bedeutung den oft überschwänglichen Ausdrücken in solchen Arbeiterschriften beizumessen ist. Außerdem heißt es hier ausdrücklich: Das Proletariat, welches hervortritt, nicht, welches hervortreten wird — fern: leid fest gegen den andringenden Schwarm der Feinde! Es ist also von dem sich Volklichen, von der damaligen Gegenwart die Rede, wie kann man das auf Vorbereitung zum Hochverrath interpretiren?

**Staatsanwalt Hoffmann:** Ich betone noch die Stelle: „es ist die Farbe unseres Herblutes, das wir bereit sein müssen hinzugeben für die Befreiung der Menschheit.“ Die Sozialdemokratie behauptet ja, die Güter, welche sie erstrebt, lägen jenseits der Monarchie.

**Advokat Freitag (Leipzig):** Das Rekerat steht aber nicht in diesem Aussatz.

**Liebnecht:** Ich verweise ausdrücklich auf einen Artikel von mir in der politischen Uebersicht über Spanien, wo ich sagte: Die spanische Revolution ist gescheitert, weil die Arbeiter sich für eine rein politische Bewegung nicht interessiren. Dieser Satz ist speziell von der Redaktion als solcher geschrieben.

**Nach Verlesung eines in Nr. 5 des „Volkstaat“ von 1870 enthaltenen Aufrufs, betreffend eine Einladung zu einem Congress in Augsburg, sowie einer daran in derselben Nummer geknüpften Bemerkung,**

**resumirt der Präsident den Inhalt dahin:** Es handelt sich hier gleichzeitig um einen Kampf gegen jede Diktatur, gegen das Junkertum, die Sabelherrschaft und gegen das Kapital.

**Bebel:** Das ganze Schriftstück kann bloß an der Einen Stelle etwas verständig erscheinen, wo es heißt: „die soziale Frage könnte vielleicht auf dem Wege der Revolution mit wildwucherndem Bodenhaare gelöst werden.“ Dieser Passus ist einer Broschüre Lassalle's entnommen, die in Tausenden von Exemplaren sich seit vielen Jahren unbesonnen in den deutschen Buchhandlungen befindet.

**Präsident:** Ein aufreizender Charakter ist diesem Schriftstück keinesfalls abzusprechen.

**Bebel:** Dies ist nur subjektive Meinung. Der Eine hält manchmal etwas für aufreizend, was dem Anderen als sehr harmlos erscheint.

**Präsident:** Ich muß bemerken, daß dieser Artikel für Arbeiter berechnet war und diese lassen gewöhnlich Alles so auf, wie es ausgesprochen wird.

**Liebnecht:** Die Arbeiter haben sich aber durch dieses Schriftstück nicht zu Gewaltthätigkeiten „aufreizen“ lassen, und dadurch bewiesen, daß sie es richtiger aufgefaßt haben, als der Herr Präsident.

**Hepner:** Die Bibel, die ja nicht bloß für die Arbeiter, sondern für die gesamte Menschheit bestimmt ist, enthält sehr viele sogenannte aufreizende Stellen, und ich will mir erlauben, hier eine aus den Sprüchen Salomons vorzutragen.

**Präsident (den Angeklagten unterbrechend):** Dies kann ich nicht zulassen, Herr Hepner. Es ist vollständig überflüssig und gehört keineswegs hierher. Es wird ohnedies hier sehr viel gesprochen.

**Hepner:** Ich glaube, Herr Präsident, ich habe von meinem Verteidigungsrechte bisher noch so wenig Gebrauch gemacht, daß Sie durchaus keine Veranlassung haben, mir das Wort zu entziehen.

**Präsident:** Ich beschränke die Verteidigung nicht, jedoch Ueberflüssiges kann ich nicht zulassen und ich muß bemerken, daß schon genug gesprochen worden ist.

**Liebnecht:** Der Herr Präsident hat soeben geäußert, es sei von der Verteidigung bereits genug gesprochen worden. Nun, wenn dem so ist, warum hält man uns noch länger hier auf? Sind wir so weit, dann resumire man und verurtheile uns!

**Präsident:** Ich habe Ihnen noch niemals das Wort entzogen und auch nicht gesagt: die Verteidigung habe schon genug gesprochen, sondern: es ist im Allgemeinen schon sehr viel gesprochen worden; auch ich habe schon sehr viel sprechen müssen.

**Es wird hierauf eine in Nr. 20 des „Volkstaat“ vom 9. A. 1870 enthaltene Resolution verlesen, die zu dieser Zeit im Leipziger sozialdemokratischen Arbeiter-Verein gefaßt wurde, gerichtet an die Wiener Arbeiter, worin diese vor jeder Gewaltthätigkeit gewarnt werden, mit der Bemerkung, der Tag werde kommen, wo das gelammte Proletariat sicher und mit Erfolg seine Forderungen würde stellen können.**

**Liebnecht:** Ich bin ganz erkaunt, daß diese Resolution uns ebenfalls hier als Belastungsmaterial vorgelegt wird. Man müßte uns doch im Gegentheil dankbar sein, daß wir zur Zeit die Wiener Arbeiter von beabsichtigten öffentlichen Gewaltthätigkeiten fern hielten.

**Daß der Tag der Befreiung der arbeitenden Klassen noch kommen wird, davon bin ich überzeugt.** Wäre ich das nicht, so würde ich überhaupt jede sozialdemokratische Agitation aufgeben. Für diese mir innewohnende Ueberzeugung allein kann man mir doch aber keine Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrath machen.

**Bebel:** Ich betenne mich als Verfasser und Auftraggeber dieser Resolution und schlicke mich den Ausführungen Liebnechts vollständig an.

**Hepner erklärt auf Befragen des Präsidenten:** Da Sie in mich vorhin unterbrochen, als ich mich wegen der mir imputirten Aufreizung verteidigen wollte, so werde ich nicht eher wieder sprechen, als bis mir Genehmigung geworden ist.

**Präsident:** Ich habe Ihnen die Verteidigung nicht abgeschnitten; Bebel-Gitate kann ich jedoch hier nicht gestatten, dies liegt uns zu fern.

**Es gelangen hierauf 2 Artikel aus Nr. 29 und 30 des „Volkstaat“ von 1870 zur Verlesung.**

**Präsident:** Nach dieser Correspondenz soll auf das allgemeine gleiche Wahlrecht kein Gewicht gelegt werden, sondern die Agitation müsse auf ganz andere Weise geschehen und die soziale Frage könne nur auf dem Wege gewaltthätiger Revolution gelöst werden.

**Liebnecht:** Dieser Artikel ist in Amerika und nach amerikanischer Auffassung geschrieben. Ich befinde mich mit dem Verfasser nicht vollständig im Einverständnis, bez. nebebei bemerkt, der republikanischen Staatsform einen sehr geringen Werth beilegt.

**Bebel:** Ich stimme mit dem Verfasser insofern überein, als ich das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht allein, ohne Diäten, ohne Pfründe

und Vereinsfreiheit fast gleich Null erachte. Der Verfasser lebt in der amerikanischen Republik und sieht, wie dort trotz aller politischen Freiheit die größte soziale Ungleichheit herrscht.

**Advokat Freitag (Leipzig)** bittet zu constatiren, daß diese Correspondenz in zwei Abschnitten, und zwar der Schluß bedeutend später als der Anfang, erschienen ist.

**Es ist dies ein Beweis, wech' geringe Bedeutung die Redaktion diesem Artikel beizulegen hat.**

**Dies geschieht.** Auf einen weiter verlesenen Artikel, einen Aufruf vom Central-Komitee der Friedens- und Freiheitsliga, erschienen im „Volkstaat“ im September 1870,

bemerkte Liebnecht: Die Friedens- und Freiheitsliga steht auf dem Standpunkte der Bourgeoisie und es bestehen zwischen ihr und der Internationalen Arbeiter-Assoziation prinzipielle Differenzen. Hieraus ist abermals klar zu ersehen, daß ich Artikel in den „Volkstaat“ aufgenommen habe, mit denen ich mich nicht im Einverständnis befinde.

**Auf einen in Nr. 61 des „Volkstaat“ vom 30. Juli 1870 enthaltenen Aufruf des Ausschusses an die Parteigenossen**

bemerkte die Angeklagten, daß in diesem Aufrufe sehr viele Phrasen enthalten sind und sie demselben keineswegs zustimmen. Derselbe hätte ziemlich unverändert im „Staatsanzeiger“ erscheinen können. Es ist zur Zeit in Folge dieses Aufrufes ein Zwiespalt innerhalb der Partei ausgebrochen, der einen ernstlichen Charakter anzunehmen droht. Jedoch etwas Strafbares ist in demselben gewiß nicht zu finden. Wenn gesagt wird: „Nach dem Kriege werden wir den Kampf von Neuem aufnehmen,“ ist darunter etwas Anderes als der geistig agitatorische Kampf zu verstehen? Hätte man den physischen, auf Gewaltthätigkeiten berechneten gemeint, dann wäre gerade zur Zeit des Krieges die beste Gelegenheit gewesen.

**Hierauf wird ein Aufruf der Pariser Sektion der Internationalen Arbeiter-Assoziation, enthalten im „Volkstaat“ vom Juli 1870, verlesen.**

**Der Präsident hebt aus diesem die Sätze hervor:** Es leben die Völker! nieder mit den Tyrannen!

**Liebnecht bemerkt:** Man müsse den Verfassern dieses Aufrufs nur dankbar sein, daß sie den Muth hatten, gegen den damaligen Krieg zu protestiren und alle zu Gunsten des Krieges in Paris in Scene gesetzten Straßen-Demonstrationen zu verhindern suchten.

**Außerdem gelangt zur Verlesung eine in Nr. 61 des „Volkstaat“ von 1870 enthaltene Rede Liebnechts, gehalten auf dem Stuttgarter Kongress, ferner ein in derselben Nummer enthaltener Artikel von Fr. Reich. Auf einen ferner in Nummer 69 enthaltenen Artikel, unterschrieben von Hess aus Paris, überschrieben „Die soziale Revolution“**

bemerkte Liebnecht: Er weiche vielfach von Hess ab. Er habe den Artikel aber angenommen, weil Hess zur Zeit Korrespondent des „Volkstaat“ war. Hätte er sich mit dem verlesenen Artikel im Einverständnis befinden, so hätte er den Namen Hess nicht unter demselben setzen lassen. Der Artikel ist in Paris geschrieben zur Zeit, wo daselbst eine Revolution bereits vor der Thüre stand.

**Nach einigen kurzen Bemerkungen des Präsidenten wird die Verhandlung gegen 3 Uhr Nachmittags vertagt.**

### Neunte Sitzung. Mittwoch, 20. März.

**Eröffnung der Sitzung gegen 9 Uhr.**

**Zur Verlesung gelangt zunächst ein Aufruf von Seiten der französischen Arbeitergesellschaften und Sektionen der Internationalen Arbeiter-Association an das deutsche Volk und an die Sozialdemokraten Deutschlands.**

**Präsident:** Dieser Aufruf enthält die Worte: „Es lebe die allgemeine Republik! Laßt uns durch unser Bündniß die vereinigten Staaten von Europa gründen!“ Das entspricht dem anerkannten Programm der Angeklagten und da man unter der allgemeinen Republik natürlich nur eine Europäische verstehen kann, so ist die Hoffnung der Franzosen auf die Gründung der Republik in Deutschland wohl so klar, daß die Herren Angeklagten nichts dazu zu sagen haben werden.

**Liebnecht:** Wir haben es hier nicht mit den Hoffnungen der französischen Arbeiter, sondern mit der gegen uns erhobenen Anklage auf Vorbereitung zum Hochverrath zu thun.

**Advokat Freitag (Leipzig):** Ich betone, daß die Ueberschrift des Aufrufes sich in erster Linie an das deutsche Volk, in zweiter Linie erst an die Sozialdemokraten Deutschlands wendet. Ferner wird als letzte Absicht der Verfasser hingestellt: „Vertilgung des internationalen Hasses, allgemeine Entwaffnung und allgemeine Harmonie.“ In dieser Absicht, meinen die französischen Sozialisten, seien gewiß die Deutschen mit ihnen einig.

**Hiernach wird aus der politischen Uebersicht derselben (vom 11. September 1870 datirt) Nummer ein Abschnitt vorgelesen, welcher sich mit der Proklamirung der Republik in Frankreich und mit der daraus sich ergebenden Veränderung der politischen Lage beschäftigt.**

**Präsident:** Es ist in diesem Artikel gesagt, die französische Demokratie habe ihre Schuldigkeit gethan, natürlich durch Erklärung der Republik, und mit Bezugnahme auf den vorhin vorgelesenen Aufruf ist gesagt, die französischen Arbeiter zeigten darin den deutschen, was sie von denselben erwarteten. Es scheint sonach, als hätte der Schreiber zu. Artikels gemeint, die deutschen Arbeiter müßten nun ihrerseits auch die Republik erklären. Ferner wird der deutsch-französische Krieg in seinem letzten Theile als Eroberungskrieg bezeichnet.

**Liebnecht (welcher sich als Verfasser des Artikels bekennt):** Die von dem Herrn Präsidenten beliebte Auffassung des Artikels ist eine vollkommen falsche und widerspricht sowohl dem Sinne, als dem Wortlaut desselben. Wenn gesagt ist: „In dem französischen Manifest ist enthalten, was die Franzosen von uns erwarten.“ — nun, so verweise ich auf das Manifest selbst. Da steht's, da heißt es wörtlich: „Die Sozialdemokraten Frankreichs sind sicher, daß ihr mit ihnen an der Vertilgung des internationalen Hasses arbeitet, an der allgemeinen Entwaffnung und der allgemeinen Harmonie.“ Hiernach kann man den Satz in der politischen Uebersicht: „Die deutschen Arbeiter werden den Vertrauen der französischen Brüder nicht täuschen.“ nur dahin verstehen: sie werden für die Vertilgung des internationalen Hasses u. s. w. wirken. Wenn man aber an der Vertilgung des internationalen Hasses wirkt, so kann man dafür doch unmöglich des Hochverraths angeklagt werden. Allgemeine Entwaffnung aber ist s. B. schon vielfach in Parlamenten, also höchst legal, gefordert worden. Dann betont der Herr Präsident, daß der Krieg in seiner zweiten Hälfte ein Eroberungskrieg genannt wird. Nun, derjenige, welcher von allen deutschen Zeitungen bis Sedan als der alleinige Urheber des Krieges hingestellt worden war, Bonaparte, war seit Sedan in den Händen der Deutschen. Er hatte den Krieg hervorgerufen, mit ihm fiel die Ursache desselben, und wenn der Krieg trotzdem von den Deutschen fortgesetzt wurde, so war es bei dem Willen zum Frieden auf französischer Seite unzweifelhaft ein Eroberungskrieg. Denn Erobern und Annetiren sind nur zwei verschiedene Bezeichnungen für ein und dieselbe Sache. Ferner nennt der Artikel die weitere Fortsetzung des Krieges einen Krieg der Monarchie gegen die Republik — auf der einen Seite stand ja wirklich die Monarchie, auf der andern die Republik. Ein Krieg der Contre-revolution gegen die Revolution war es auch; man sehe sich nur die einander gegenüberstehenden Parteien an! Zur Illustration der Behauptung, daß der Krieg hinfort der deutschen Demokratie eben so gelte, wie der französischen Republik, führe ich nur unsere alsbald erfolgte Inhaftnahme an. Der Satz: „Die Franzosen haben ihre Schuldigkeit gethan, thun wir die unsrige!“ will sagen: wirken auch wir für die internationale Harmonie! Durch das in derselben Nummer des „Volkstaat“ enthaltene Braunschweiger Manifest ist noch dazu sehr klar gesagt, wie dies geschehen soll, nämlich in geschichtlicher Weise!

**Präsident:** Die Interpretation ist Sache der Herren Geschworenen; ich werde also nichts dazu sagen. Ich verweise nur darauf, daß am Schluß des französischen Manifestes die Worte stehen: „Es lebe die allgemeine Republik!“ Die allgemeine ist die Europäische, also darum auch die Deutsche.

**Liebnecht:** Wenn der Herr Präsident, welchen ich für einen Anhänger der Monarchie halte (Präsident: ja!) den Ruf ausstiehe: „Es lebe die allgemeine Monarchie!“ so würde seiner Theorie

nach Jeder, der in der Republik Amerika diesen Ruf veröffentlicht, dort des Hochverraths angeklagt werden müssen. Jener inkriminirte Ruf aber geht von Republikanern aus.

**Bebel:** Ich verweise auf die Stelle: „Wenn die deutschen Arbeiter es erlauben, daß der gegenwärtige Krieg seinen streng defensiven Charakter verliert und in einen Krieg gegen das französische Volk ausartet, wird Sieg oder Niederlage sich gleich verhängnisvoll erweisen. Alles Gland, das Deutschland nach den Befreiungskriegen zu erleiden hatte, wird mit erneuter Stärke auflieben.“ Diese Stelle steht in engster Verbindung mit dem Braunschweiger Manifest, aus welchem letzterem hervorgeht, daß es sich um Demonstrationen zu Gunsten des Friedens handelte. Daß die sächsischen Behörden diese Auffassung theilten, geht aus einer damals vom Ministerium des Innern erlassenen Verordnung hervor, wonach sozialdemokratische Versammlungen zu Gunsten des Friedens verboten wurden.

**Hepner (auf Befragen des Präsidenten, ob er zu dem Schriftstück etwas zu bemerken habe):** Da mir keine Garantie gegeben ist gegen eine Wiederholung der gestern mir widerfahrenen Verklammerung der Redefreiheit, so muß ich schweigen. Der Herr Präsident hat einmal gesagt, er würde unsere Redefreiheit in dem Falle beschränken, daß wir im Begriff ständen, ein neues Vergehen uns zu Schulden kommen zu lassen. Ich wüßte nicht, daß ich gestern in diesem Falle mich befunden hätte.

**Präsident:** Dies nicht. Aber auch wenn Sie zu etwas und vollständig fern Stehendem schreiten, darf ich Sie unterbrechen. Ihr Schweigen kann ich nicht hindern, muß Sie aber darauf aufmerksam machen, daß dasselbe Ihrer Verteidigung nachtheilig sein kann.

**Hepner:** Der Fall von gestern war vollständig dem ähnlich, wo Bebel etwas über die Revolution vortragen wollte und Sie ihn in der Voraussetzung unterbrachen, das Vorkulegende würde sehr umfangreich sein. Ich aber wollte mich gestern sehr kurz fassen. Ich bleibe dabei, mir ist schweres Unrecht geschehen.

**Präsident:** Ich habe damals zu Herrn Bebel gesagt, daß ich eine unzulängliche Vorlesung nicht dulden würde.

**Advokat Freitag (Leipzig)** verlangt des Zusammenhangs wegen eine sofortige Verlesung des in derselben Nummer enthaltenen, unter dem Beweismitteln ebenfalls aufgeführten Braunschweiger Manifestes.

**Nach geschehener Verlesung sagt Liebnecht:** Das Manifest betont so offen und streng wie möglich eine geschäftliche Agitation. Daß ich aber nicht für alles im Volkstaat Enthaltene verantwortlich gemacht werden, ergibt sich aus diesem Manifest, mit welchem ich mich durchaus nicht völlig einverstanden erklären kann. Namentlich tadle ich das Hinzuziehen eines Privatbriefes. Das ganze Manifest ist ein geistlich nicht antastbarer Protest gegen die Annexion. Als Mittel zum Zwecke wird angegeben: die Arbeiter sollen ihre Stimme erheben. Was mit der Stimme gemacht wird, kann doch kein Hochverrath sein. Die Arbeiter sollen Protest erheben, Protest, wohlgemerkt, nicht etwa die Faust oder die Finte. Wenn der republikanisch gesinnte Ausschuss am Schluß die Worte gebraucht: „Es lebe die Republik!“ so mache man den Ausschuss dafür verantwortlich! Zudem ist das Manifest nicht vom Manuscript in den Volkstaat gekommen, sondern erst vom Druck. In Tausenden von Exemplaren war das Manifest verbreitet und Herr s. B., Mitglied der Kontrollkommission aus Harburg, welcher darum auf Verbreitung von Hass und Verachtung angeklagt wurde (nicht auf Hochverrathsvorbereitung), wurde freigesprochen. Ebenso der Ausschuss in derselben Angelegenheit. Nochmals betone ich: es handelte sich um sonst nichts bei dem Manifest, als um ganz geschäftliche Agitation zu Gunsten des Friedens.

**Bebel:** Ich halte das Schriftstück für eminent entlastend.

**Hepner:** Ich verharre bei meinem Protest.

**Advokat Freitag (Leipzig):** Ich erwähne besonders, daß die Stelle: „wenn die deutsche Arbeiterklasse nicht en masse ihre Stimme erhebt“ fett gedruckt ist.

**Es folgt die Verlesung eines Theils des Aufrufs der französischen und der deutschen Sektion der Internationalen Arbeiter-Assoziation in New-York an ihre Genossen in Europa, enthalten in Nr. 89 des Volkstaat von 1870. Dieser Theil, der der Schluß lautet: „Gebietet halt dieser Menschenschlächter! Halt! Und wenn alle großen Generale und Fürsten darüber — — — sollten! Für die Arbeiter aller Länder gibt es nur ein Feldgeschrei:**

**Nieder mit der Lohnsklaverei!  
Nieder mit dem Militarismus!“**

**Präsident:** Die letzten beiden Rufe sollen wohl sagen, das Militär solle abgeschafft werden.

**Liebnecht:** Der Aufruf ist in Amerika geschrieben.

**Präsident:** Aber in Sachsen verbreitet, kann also auch hier verfolgt werden.

**Liebnecht:** Preßgesetzlich gewiß, nicht aber durch eine Anklage auf Vorbereitung des Hochverraths. In dem Rufe: „Nieder mit der Lohnsklaverei!“ liegt eine sozialistische Forderung, was der Herr Präsident falsch auffaßt. Die Forderung der Aufhebung des Militarismus ist auch schon höchst legal in Parlamenten gestellt worden.

**Bebel:** Die Ausdrücke des Aufrufs sind drastisch, aber nicht ungeschichtlich.

**Hepner:** Ich verharre bei meinem Protest.

**Ans der von Bebel verfaßten Streitschrift „Unsere Ziele“ will nun der Präsident den Schluß verlesen lassen,**

**auf Antrag der Verteidigung gelangt jedoch die ganze Schrift zur Verlesung.**

**Nach Verlesung der Broschüre: „Unsere Ziele“ von August Bebel** bemerkte einer der Herren Geschworenen, daß die Anmerkungen, die in der Broschüre enthalten und nicht verlesen worden, auf der Geschworenenbank nicht überlesen worden seien.

**Advokat Freitag (Leipzig):** Die Broschüre sei bereits in der zweiten Auflage erschienen und nur letztere enthalte die Anmerkungen.

**Hierauf tritt Mittags gegen 12<sup>1/2</sup> eine bis 1 Uhr dauernde Pause ein.**

**Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen** bemerkt Bebel auf Befragen des Präsidenten, daß er Verfasser der verlesenen Broschüre ist. Nachdem dieselbe zuerst in einzelnen Abschnitten im „Volkstaat“ erschienen, wurde sie in Broschürenform verbreitet. Im September 1871 ist bereits die zweite Auflage erschienen.

**Präsident:** Sie behandeln in derselben hauptsächlich die soziale Frage, nur auf den letzten Seiten kommen Sie in's politische Fahrwasser, indem Sie sagen: die soziale Frage könne doch schließlich bloß durch Gewalt gelöst werden.

**Bebel:** Ich muß mich gegen diese Interpretation ganz entschieden verwahren. Gerade diese Broschüre halte ich für entlastend. Ich behaupte darin durchaus nicht, daß die Lösung der sozialen Frage auf dem Wege der Gewalt geschehen müsse, sondern ich sage: es ist möglich, daß man schließlich genöthigt sein wird, zur Gewalt zu greifen.

**Woher heißt es: der Weg der Güte ist jedenfalls der bessere und nicht unsere, sondern unserer Gegner Schuld wird es sein, wenn die Lösung der sozialen Frage nicht friedlich vor sich gehen wird. Was nützen uns alle Expectorationen über die ländlichen Arbeiter, wenn sie nicht zur Erkenntniß gelangen?**

**Liebnecht erklärt:** Er habe diese Broschüre abdrucken lassen und befinde sich mit ihrem Inhalt in vollem Einverständnis.

**Hepner:** Ich glaube, daß Jemand, der einen gewaltthätigen Umsturz beabsichtigt, sich nicht erst Mühe gibt, ein wissenschaftliches Werk darüber zu schreiben.

**Staatsanwalt Hoffmann:** Die Angeklagten haben jede Solidarität mit dem „Vorbote“ und dem „Fellisen“ in Abrede gestellt, trotzdem diese Blätter doch im „Demokratischen Wochenblatt“ empfohlen wurden.

**Advokat Freitag (Leipzig)** bittet zu constatiren, daß diese Empfehlung sich unter dem Redaktionsfirich als Annonce befindet.

**Bebel:** Man kann eines Anderen Grundbesitz billigen, ohne die Art und Weise, wie er sie verwirklichen will, zu billigen. Die genannten Blätter sind uns befreundet, jedoch stehen wir nicht durchaus auf ihrem Standpunkte. Es ist als allgemeiner journalistischer Gebrauch, daß kurz vor Ablauf eines jeden Vierteljahres die befreundeten Blätter sich gegenseitig empfehlen. Diese Empfehlungen werden von den Inserenten gewöhnlich schon gedruckt eingegeben.

**Staatsanwalt Hoffmann:** Die Redaktion des „Demokratischen Wochenblatt“ hat zu einer Zeit geschrieben: Wir empfehlen allen unseren Parteigenossen das Abonnement auf das „Fellisen“.

Liebnecht: Der Herr Staatsanwalt ist im Irrthum; nicht das „Kellerei“, sondern das „Vorbote“ ist hier von uns in dieser Weise empfohlen worden.

Ich glaube indes, daß aus den vielen verlesenen Briefen Labendorfs und Beders zur Genüge die zwischen mir und jenen beiden Herren bestehende Differenz zu ersehen ist, die, was Labendorf anlangt, sich bereits bis zur offenen Feindschaft zuspitzte.

Man macht uns hier verantwortlich für jeden Artikel, den irgend ein auswärtiges und befreundetes Blatt einmal enthalten. Nach dieser Theorie hätten jene katholischen Fanatiker recht, die weiland alle Protestanten verantwortlich machen für die Noththaten Traupmanns in Paris, der ebenfalls Protestant gewesen. Ich bemerke, wenn man noch einmal versuchen sollte, uns mit Labendorf und Beder eine Solidarität nachzuweisen, so werde ich sofort die nochmalige Verlesung aller Briefe von Labendorf und Beder beantragen.

Hepner: Ich würde noch heute durchaus keinen Anstand nehmen, den „Vorbote“ im „Volksstaat“ zu empfehlen. Die Parteigenossen sind verpflichtet, sich über die Arbeiterbewegung aller Länder zu orientiren und dazu ist das Lesen dieser Blätter erforderlich. Damit ist aber noch durchaus nicht gesagt, daß ich solchergestalt auf dem Standpunkte des „Vorbotes“ stehen müsse. Ebenjowenig wie Jeder Sozialdemokrat sein muß, der auf den „Volksstaat“ abonniert hat.

Advokat Freitag (Leipzig): Ich muß bemerken, daß neben der betreffenden Empfehlung des „Demokratischen Wochenblattes“ außer jenen vorerwähnten Blättern die „Zukunft“, der „Mainzer Anzeiger“, das „Frankfurter Journal“ und schließlich die „Wein- und Zeitung, Organ für Weinkunde“ (nebst einer daran geknüpften besonderen Gesellschafts-Reklame) empfohlen ist. (Stürmische Heiterkeit).

Advokat Freitag (Blauen) bemerkt gegenüber einer vom Staatsanwalt hervorgehobenen Stelle von Seite 13 der verlesenen Brochüre „Unsere Ziele“, daß gerade diese Stelle so klar, wie nur irgend eine. Liebnecht: Würde nach der Ansicht des Herrn Staatsanwalts gesagt sein, die soziale Frage müsse durch Gewalt gelöst werden, so hätte man wohl die betreffende Nummer des „Volksstaat“ sofort konstatirt und mich eingesperrt.

Hierauf wird eine Reihe von Gedichten verlesen, und zwar aus Nr. 23 des „Volksstaat“ von 1870 das Freiligrathsche: „Die Todten an die Lebenden“ mit dem Datum: „Düsseldorf, Juli 1848“ — ferner aus Nr. 25 das „Arbeiterlied“ von Georg Herwegh — ferner aus Nr. 29 das aus London Februar 1847 datirte Freiligrathsche Gedicht: „Irland“ — ferner aus Nr. 44 „Schaffot — Zuchthaus“ v. Herwegh — aus Nr. 47 „Arm und Reich“ — aus Nr. 79 „Rath“ — aus Nr. 86 „Brot“ von Freiligrath — aus Nr. 90 „Blum“, Gedicht von Freiligrath, datirt von Köln den 16. November 1848.

Präsident: Diese Gedichte sind sämmtlich im „Volksstaat“ in der Zeit vom 19. März bis zum 9. November 1870 abgedruckt. Aus welchem Grunde und warum gerade in dieser Zeit?

Liebnecht: Ich wollte das Volk an eine große Zeit und an seine großen Männer erinnern.

Hepner: Das Gedicht „Schaffot — Zuchthaus“ wurde abgedruckt, als der Reichstag die Todesstrafe annahm. Das Gedicht „Blum“ am Todestage Robert Blums.

Liebnecht: Allerdings sind die Gedichte meistens an Gedenktagen mitgetheilt worden. Ich wollte das Volk zugleich an jene Gedenktage erinnern.

Präsident: An die Gedenktage der Revolution!

Liebnecht: Allerdings wollte ich an eine Revolution erinnern, aber an eine gewesene, nicht eine zu machende, — eine Revolution sogar, welcher der heutige Staat manche Institution verdankt. Zum Beispiel sähe ohne jene Revolution der hohe Samurgherichthof wohl nicht hier beisammen, um in einem politischen Prozeß Urtheil zu sprechen.

Advokat Freitag (Leipzig): Herr Liebnecht, sind diese, meist aus den Jahren 1847 und 1848 stammenden Gedichte schon anderwärts erschienen?

Liebnecht: Ja, die von Freiligrath sogar in der bei dem Hofbuchhändler Cotta erschienene Ausgabe der Freiligrathschen Gedichte. Das „Arm und Reich“ zirkulirt in Preußen seit 1863 in Tausenden von Exemplaren unbeanstandet und wird häufig gejunen.

Hierauf wünscht der Staatsanwalt aus dem Jahrgang 1871 des Volksstaat noch einige Stellen der in Nr. 92 enthaltenen Beschlüsse der Delegirten-Konferenz der Internationale verlesen zu sehen.

Nachdem der Advokat Freitag (Leipzig) festgestellt, daß der Volksstaat, außer den zur Verlesung gekommenen Gedichten noch andere veröffentlicht hat, werden unter beiderseitiger Uebereinstimmung der Vertbeidigung und der Staatsanwaltschaft die Punkte I, II, III und IX nebst dem Schluß der Bonboner Konferenz-Beschlüsse verlesen.

Der Präsident betont, daß dieses Schriftstück jedoch nicht als Beweisstück behandelt werden darf, da es aus der Zeit nach Einleitung der Untersuchung stammt.

Liebnecht: Der Punkt IX behandelt eine interne Angelegenheit der Internationalen, den Streit mit Bakunin. Der Satzpaß von den „nicht für die Oeffentlichkeit bestimmten Beschlüssen“ zielt auf nichts als Licht Scheuendes, sondern es handelt sich wiederum um den Bakuninischen Streit, den man nicht vor der Oeffentlichkeit zum Austrag bringen wollte.

Nun sollen zwei Reden Liebnechts, die eine gehalten zu Berlin am 31. Mai 1869, die andere gehalten zu Wien am 25. Juli 1869, zur Verlesung kommen.

Ehe dies geschieht, bemerkt Advokat Freitag (Blauen): Es sind zwei Tage lang bloß Artikel aus dem Volksstaat verlesen worden. Ich frage die Angeklagten, ob wegen eines einzigen der verlesenen Artikel ein Straf Antrag gestellt worden ist.

Liebnecht: Nein.

Präsident: Dies ist wohl nicht so ganz richtig, da wir ja gegenwärtig einen Straf Antrag haben.

Hierauf protestirt Advokat Freitag (Leipzig) gegen die Verlesung der Berliner Rede des Angeklagten Liebnecht, da Liebnecht aus dieser Rede wegen Erregung von Haß und Verachtung schon in Preußen mit 3 Monaten Gefängniß belegt wurde. Der Requisition preussischer Behörden an die sächsischen, sie möchten diese Strafe an Liebnecht vollstrecken, wurde freilich auf Einsprache Liebnechts nicht Folge gegeben. Ein späterer Antrag der preussischen Behörden an die sächsischen, Liebni in Sachen um der Berliner Rede willen anzuflagen, hatte eine Untersuchung wegen „Herabwürdigung bestehender Verhältnisse“ zur Folge. Nöthigen Falls erklärt Hr. auf Extrahirung eines Beschlusses des hohen Gerichtshofes dringen zu müssen.

Advokat Freitag (Blauen) schließt sich dem an. Damit man nicht glaube, sagt er, wir hätten den Inhalt der Rede zu fürchten, sähe ich an, daß eine Verurtheilung Liebnechts erfolgte, weil er in jener Rede sagte: Der Staat in seiner jetzigen Gestalt besteht durch einen Rechtsbruch und stützt sich auf das Schwert.

Staatsanwalt Hoffmann: Nicht die Rede als solche, sondern die Flugschrift ist Gegenstand der Anklage. Dieselbe ist, wie Herr Liebnecht zugestanden, von ihm selbst geschrieben worden.

Advokat Freitag (Leipzig): Liebnecht ist wegen dieser Rede in Berlin in contumaciam verurtheilt worden.

Mittlerweile trat in Preußen Amnestie ein. Die Rede ist bloß auf Antrag der Oberstaatsanwaltschaft und der preussischen Behörden in die Untersuchung mit hineingezogen worden.

Advokat Freitag (Blauen) bemerkt, daß in den Anklageakten diese Rede gar nicht erwähnt werde.

Staatsanwalt Hoffmann: Wenn dieselbe in der Anklageacte unerwähnt gelassen ist, so hat dies in dem ohnehin schon so großen übrigen Anklagematerial seinen Grund.

Der Präsident läßt von einem Gerichtsdienner die betr. Flugschrift vorlegen.

Liebnecht: Ich bin Verfasser dieser Flugschrift. Ich habe dieselbe unmittelbar nach meiner im Berliner demokratischen Arbeiter-Verein gehaltenen Rede, letztere nach schriftlicher Aufzeichnung geschrieben. Abdam habe ich dieselbe im „Demokratischen Wochenblatt“ abdrucken lassen, und sie später als Flugschrift verbreitet.

Präsident: Die Rede selbst existirt nicht mehr. Wir haben es auch bloß mit der Flugschrift zu thun, die Herr Liebnecht hier in Sachen geschrieben und verbreitet hat. Da nun die Vertbeidigung eine Entscheidung des Gerichtshofes hierüber beantragt, so werde ich, um die Verhandlungen nicht anzuhalten, dieselbe nach Schluß der Sitzung veranlassen.

Der Staatsanwalt verzichtet auf die Vorlesung der Wiener Rede, wogegen die Vertbeidigung nichts einzuwenden hat. Hierauf wurden die Verhandlungen gegen 3 Uhr Nachmittags vertagt.

(Fortsetzung folgt.)

### Zur Beachtung.

Den Parteigenossen und Lesern des „Volksstaat“ bringt die unterzeichnete Expedition zur Kenntniß, daß kurz nach Beendigung des Hochverrathsprozesses die Verhandlungen desselben in einer Brochüre, redigirt von den Angeklagten selbst, erscheinen.

Es ist demnach nicht nöthig, daß sich die Parteigenossen die im Buchhandel erscheinenden Brochüren über den Hochverrathsprozess, welche voraussichtlich nicht authentisch sind, anschaffen.

Leipzig, 20. März 1872.

Die Expedition des „Volksstaat“.

### Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Sämmtlichen Genossenschaften zur Nachricht, daß am 12. März sämmtliches Verwaltungsrathinventar nebst Kassenbestand von 87 Fres. an den neuen provisorischen Verwaltungsrath in Nürnberg und hieher abgegangen ist und von jetzt an sämmtliche Briefe und Gelder hieher zu adressiren sind. — Indem wir der ganzen Centralisation und dem neuen Vorort Glück wünschen zur Förderung unserer gemeinsamen Prinzipien und Ideen, werden auch wir nicht unterlassen, wenn auch nicht mehr der Centralisation angehörend, für Kräftigung derselben und im Kampfe für unsere gerechte Sache zu wirken.

Nürnberg, 17. März.

Im Auftrage der früheren Verwaltung:  
Joseph Gerber. Wils. Dahl.

Dresden. Hiermit Gruß und Handschlag und die Mittheilung, daß in der gestern den 9. März abgehaltenen Versammlung der Beschäftigten der Constatirung des „Gewerksvereins für Maler, Lackirer, Vergolder, Stuccateure und sacherwandte Gewerbe“ stattgefunden hat. Gewählt wurden in den Ausschuss: Heinrich Trautner zum Vorsitzenden, Rudolph Böttner zum Kassirer, Heinrich Gathemann zum Schriftführer, Julius Thierbach und August Miller als Beisitzer.

Andererseits wurde beschlossen, sofort an die Gründung einer Association zu gehen. Zuschriften u. s. w. bitte an G. Gathemann, Maler, R. thändstr. Nr. 27b, 4. Etg. zu richten.

Leipzig. Der Strike der hiesigen Schneidergesellen schreit ernstliche Dimensionen anzunehmen. — Von Seiten der Arbeitgeber wurde schon im Monat Januar d. J. das Feuer angezündet, indem sie sich schon damals coalisirten, wo noch nicht einmal von einem Strike die Rede war. — Es hat beinahe den Anschein, als ob die Herren Prinzipale gewillt gewesen wären, selbst einen Strike durch die Arbeiter zu provociren, um ihren eigenen, materiellen sowie finanziellen Interessen Rechnung zu tragen. Ungeachtet dessen, daß der Arbeiter der erste Faktor in jedem Geschäft ist, der, sozusagen, das Kapital anhäufen muß und bei seiner Jahr ein Jahr aus anstrengender Arbeit allen Entschädigungen unterworfen und stets auf nichts gestellt ist, wird er noch von Seiten der Meister öffentlich mit lauernd ungerechtfertigten Vorwürfen überhäuft; es werden dem Arbeiter sogar Vorschriften gemacht, wie er zu leben habe und sich ausbeuten lassen müsse. Von unserer Seite fiel es Niemanden ein, den Verdienst eines Meisters kontrolliren zu wollen, noch viel weniger seinen Lebenswandel in Betracht zu ziehen. Dieser wurde von einem Schneidermeister, welcher, wie es scheint, von der Rational-Oekonomie und der Statistik nicht viel zu vergessen hat, eine Tabelle aufgestellt, nach der sich seit mehreren Jahren eine „ungeheure“ Steigerung der Löhne herausstellt. — Das hat aber der humane Herr vergessen in Betracht zu ziehen, daß alle Lebensmittel sowie auch andere Bedürfnisse wenigstens um 2 Drittel im Preise gestiegen sind; ferner auch, daß uns durch die Maschine u. s. w. eine solche Konkurrenz geschaffen worden, daß dadurch unsere sogenannte schlechte Zeit noch einmal so schlecht geworden ist.

Es wird uns ferner von Seiten der Meister der Vorwurf gemacht, daß wir mehr Bedürfnisse haben, als die Arbeiter vor 20—30 Jahren. Damals hatte ein Schneidermeister auch noch keinen comfortablen mit großen Spiegelscheiben eingerichteten Laden oder Salon, sowie auch kein Pianoforte im Zimmer stehen, sondern sah ganz bescheiden, wohnöglich 5 Treppen hoch, wohnte und arbeitete sammt seinen Weibchen.

Wir haben mit Widerwillen diesen Artikel veröffentlicht, waren aber durch das Benehmen der Meister gegen uns dazu veranlaßt; denn unser Geldruf ist stets: leben und leben lassen!

Die hiesigen Schneidergesellen.

NB. Etwaige Unterstützungsgelder sind an das Comité, Gewandgäßchen Nr. 4, 1 Treppe zu senden.  
Leipzig, den 12. März. Heinrich Junse.

Penig, 3. März. Hierdurch zur Nachricht, daß unser Vertrauensmann nicht mehr Robert Kottlitz, sondern  
Gottfried Hartendorf  
in Altpenig ist.

In Harburg striken seit Ende Februar 14 Former, die in Nr. 32 des „Neuen Sozialdemokraten“ einen Aufruf erlassen haben, der so gefährlich ist und so viele Unwahrheiten enthält, daß wir uns der Mühe überhoben halten, auch nur ein Wort zu dessen Widerlegung zu sagen. Mehrere Metallarbeiter.

Regensburg. Unsere Bewegung schreitet rüstig vorwärts und liefert den deutlichen Beweis, daß auch hier Boden, und zwar fruchtbarer Boden für unsere Ideen ist. Leider mehren sich aber auch die Maßregelungen in einem bedenklichen Grade; kaum ist die Maßregelung des Bevollmächtigten des Fachvereins der Schneider durch einen „liberalen“ Bourgeois geschehen, so wird einem unserer einflussvollsten und rüstigsten Parteigenossen, ebenfalls Schneider, von seinem „liberalen“ Paischa gleichfalls der Strohhalm vor die Thüre geworfen.

In Verlauf unserer, wie gesagt rüstig fortschreitenden Bewegung gründete sich vor 14 Tagen ein Fachverein der Hafner hier, dem von 25 hier in Arbeit befindliche Gesellen sofort 20 Mann beitraten. Kaum wird dies rüchbar, so werden zwei der eifrigsten Mitglieder von Seite ihres durch das Organtheil von Höllichkeit bekannten, sehr ultramontanen Arbeitgebers, der im katholischen Casino und Gesellenverein einen Ehrenplatz einnimmt, gemahregelt.

Wahrheitlich wollte dieser Gute, in Befolgung des II höchsten christlichen Gebots: „Liebe deinen Nächsten wie Dich selbst“, durch dieses Vorgehen bloß den Beweis liefern, daß Liberale wie Ultramontane, mögen sie sich auch gegenseitig noch so sehr in den Haaren liegen, sofort einig sind, wenn es gilt, die Arbeiter zu erdrücken. Und dabei rufen sie doch immer: „Ja für die Arbeiter muß etwas geschehen“, nur ist ihnen das wie ein Räthsel. Natürlich auch; wenn für die Arbeiter etwas geschehen werden soll, so müssen die Herren Bourgeois und Postbürger dieselben sich gleichgestellt sehen, da ihnen dies aber ein Gränel ist, so sind sie trotz aller Phrasen nicht im Stande zur Lösung dieser immer brennender werdenden Frage etwas beizutragen.

Ihr Arbeiter aller Dten aber, kommt Ihr auf die Wanderschaft, so merkt das seiner schlechten Löhne wegen verdrängte Regensburg so viel Ihr könnt, besonders aber ihr Tischler, Schneider, und Hafner haltet jeden Zugang gänzlich fern, denn für diese 3 Gewerbe stehen schwere Stunden des Kampfes für materielle Besserstellung vor der Thüre.

Indem wir alle arbeitertreudischen Blätter um gefl. Aufnahme dieses Schlusssatzes bitten, fordern wir wiederholt irgend eine tüchtige Kraft, am liebsten Tischler, Schuhmacher, oder Schneider auf, nach hier zu überfiedeln, denn es wird täglich nöthiger, unsern Gegnern auch in der Oeffentlichkeit den Text ordentlich zu lesen.

### Quittung.

Zur Unterfällung der Inhabtiteln u. gingen ferner bei uns ein: von Neuschönefeld durch Seifert 5 Tht.; Augsburg durch Knöller 1 fl. 3. kr. von A. D. und 1 fl. 9 kr. von Gndres. Herzfeld durch Wolf 2 Tht. Pforsheim durch Scholl 1 fl. 12 kr. Müssen St. Riffas durch Freitag 2 Tht. (besgl. 1 Tht. für die P.) Augsburg durch Gndres 7 fl. durch denselben von Lechhausen 2 fl. 30 kr. Dresden, Expedition des Volksboten dritte Sendung 6 Tht. (Braun) wofür den freundlichen Gebern unsern Dank.  
Hamburg, den 16. März. Der Ausschuss.  
H. Bennke.

### Quittung.

Delbniß 1 Tht. für bewußten Zweck. 2 Tht. für die politische Gemahregelten durch Scheiber. Penig d. L. Adling 3 Tht. für bewußten Zweck. Rochitz 2 Tht. für bewußte Zwecke.  
Die Expedition der Chemnitzer freien Presse.

### Zur gefälligen Notiznahme

bemerken wir noch, daß Orte, die Abrechnungsformulare und die Kassenabrechnung der Partei nicht erhalten haben, solche unter Angabe genauer Adresse reklamiren wollen.  
Der Ausschuss.  
Th. Jork.

### Parteigenossen!

Unter der Ueberschrift: „Zur Abrechnung des Chemnitzer Strikes-Komitee“ ist uns ein Bericht zugegangen, der gewiß alle Anwesenden beruhigen wird. Wir werden ihn veröffentlichen, sobald Zeit und Raum des Blattes es gestatten.  
Die Redaktion des „Volksstaat“ und der Extrablätter.

### Für politisch Gemahregelte.

Von K.S. in Lindenau 5 Gr. v. Arb.-Bild.-Ver. 2 Tht. 25 Gr.

### Briefkasten.

Der Exped. N. in Homburg f. Schrift 4 Gr. erh. von Schlegel in Delmenhorst 5 Gr. f. Schrift erh. die einzelne Nummer des „Volksstaat“ kostet 1 Gr.

### Für Breslau.

Sozial-demokratische Arbeiter-Partei.  
Montag, den 25. d. M. Abends 8<sup>1/2</sup> Uhr gefellige Zusammenkunft der Parteigenossen in Paul's Restauration, Neßgasse No. 4. Das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ist nothwendig. Die Karten sind mitzubringen.  
H. Dehme.

### Für Leipzig.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.  
Nächste Versammlung Montag 25. März, Abends 8 Uhr in der Restauration von Götz, Nikolaistraße 51. — Tagesordnung: Naturwissenschaftlicher Vortrag. Aufnahme neuer Mitglieder.  
Die Mitglieder der Sektionen werden um zahlreiches Erscheinen gebeten.

### Internationale Metallarbeiterchaft.

Leipzig, den 25. März. Montag Abends 8 Uhr im Arbeiterbildungs-Verein Ritterstraße 43.  
Tagesordnung: Die Arbeiterbewegung und die Coalition der Fabrikanten. — Aufnahme neuer Mitglieder.

### Versammlung

des Fach-Vereins der Kürschner und Mützemacher von Leipzig und Umgegend.  
Montag den 25. März l. J. Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Köpplitz Nr. 9 bei H. Fischer. — Vortrag des Herrn Dertel. — Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Vorstand.  
NB. Hierdurch machen wir gleichzeitig bekannt, daß in der Versammlung vom 18. März l. J. der Beschluß gefaßt wurde: Daß die Mitglieder des Vereins, weder Einsand zahlen noch solchen fordern, auch sich nicht an dem Einsandstrinken beteiligen.  
D. R.

### Für Hannover.

Sozial-demokratischer Arbeiter-Verein.  
Sonntag, 23. März, findet im Lokale des Herrn Bartling, Knochenhauerstraße Nr. 59 Abends Punkt 8 Uhr Versammlung statt.

Tagesordnung: 1) Sozial-politischer Wochenbericht. Referent: Lohmeier. 2) Vortrag über Kapital und Arbeit. Referent: Buske. 3) Partei-Angelegenheiten.  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist nothwendig. Freunde sind willkommen.  
NB. Jeden Sonntag findet Versammlung und jeden Mittwoch Leseabend daselbst statt.  
Der Vorsitzende.

### Für Meerane.

Ich ersuche den Beidergeheilen Herrn Rehner, da er seinen Aufenthalt verändert hat, doch bald den Betrag für 1. Abonnement des „Volksstaat“ pro IV. Quartal 1871 zu entrichten.  
H. Stoffe.

### Für Spandau.

Volksversammlung.  
Montag den 25. d. M. Abends 8 Uhr im Saale des „Rothen Adlers“.

Tages-Ordnung: Der Aktienswindel und die Preissteigerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse. Referent Herr Kaiser aus Berlin.  
Die Parteigenossen werden zum zahlreichen und pünktlichen Erscheinen aufgefordert.  
Im Auftrage  
W. Fischer.

### Allen Parteigenossen

diene hier durch zur Nachricht, daß der vielbesprochene und vielerwartete sozial-politische Roman

### Am Webstuhl der Zeit

von A. Otto-Walster,  
nunmehr in Separat-Abdruck regelmäßig erscheint, und zwar wöchentlich 1 Bogen, alle 3 Bogen 1 Heft. — Jedes Heft kostet 2 Ngr. und kann durch die Expedition des Dresdner Volksboten, große Bräutigasse 12, 2 gegen Franko-Einsendung von baar oder in Briefmarken bezogen werden. Kopporture und Wiederverkäufer erhalten bedeutenden Rabatt. Auch die einzelnen Bogen können regelmäßig jede Woche à 1/2 Groschen bezogen werden.

### „Herr Vogt“

von Karl Marx (12 Bogen stark, groß Octav); die einzigen noch vorhandenen sieben Exemplare sind durch die unterfertigte Expedition zu beziehen.

Der Erlös ist für die Kasse des „Volksstaat“ bestimmt, und ist der Preis per Expl. auf 3 Tht. festgesetzt.

### Die Expedition des Volksstaat. (1)

Sodern ist erschienen und durch die Expedition des „Dresdner Volksboten“ gr. Bräutigasse Nr. 12 zu beziehen:

### Castelars Rede

über die Internationale  
gehalten in der Sitzung der spanischen Cortes zu Madrid.  
Separat-Abdruck aus dem „Dresdner Volksboten“.

à Exemplar 1 1/2 Ngr.  
In Partien v. mindestens 25 Stück gegen Franko-Einsendung à Stück 1 Ngr. 100 Stück 2 Tht. 10 Gr.

Leipzig: Verantw. Redacteur A. Hepner (Redaction u. Expedition Poststr. 4.) Druck u. Verlag von G. Thiele.